

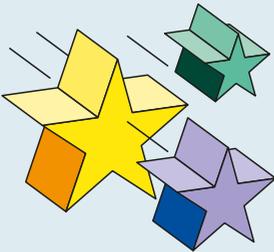
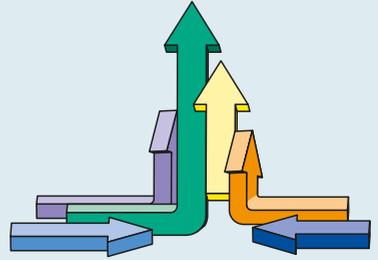
# POLITISCHE BILDUNG MIT ALLEN

Wie inklusive politische Bildung an Schulen mit Förderschwerpunkt in Kooperation mit außerschulischen Akteuren gelingen kann



## Das Projekt

„Politische Bildung mit allen“ hat Berliner Schulen mit Förderschwerpunkt mit Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung zusammengebracht. Gemeinsam auf dem Weg zu mehr Teilhabe und Inklusion wurden verschiedene Angebote umgesetzt und wissenschaftlich begleitet.

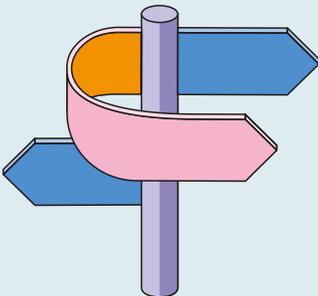
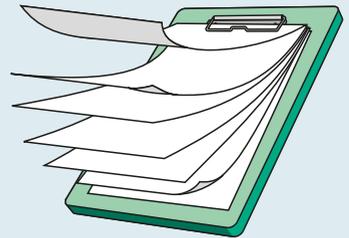


## Ein Highlight

Schüler\*innen formulierten ihre politischen Vorstellungen für ein gerechteres Schulsystem und präsentierten diese einer Bildungspolitikerin des Berliner Abgeordnetenhauses: eine Erfahrung von Beteiligung, die für die Lerngruppe von besonderem Wert war.

## Wichtigste Erkenntnisse

Schüler\*innenorientierung spielt als zentrales Prinzip eine Schlüsselrolle. Angebote, die an Themen anknüpfen, die für die Schüler\*innen von besonderem Interesse sind, bei denen eigene Diskriminierungserfahrungen zur Sprache kommen und in denen gemeinsam Möglichkeiten der Beteiligung ausgelotet werden, sind besonders erfolgreich.



## Unser Anliegen

Das Projekt will Mut machen zum Erproben von Angeboten der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung. Denn alle Schüler\*innen sollen eine qualitativ hochwertige politische Bildung erfahren sowie Partizipationserfahrungen und eine demokratische Schulentwicklung gestärkt werden.

# INHALT

<b>1. Ausgangspunkte und Perspektiven</b> .....	<b>4</b>
Menschenrechtliche Perspektive .....	5
Demokratische Teilhabe, Einstellungen und Diskriminierung .....	6
Bildungspolitischer Ausgangspunkt .....	8
<b>2. Projektumsetzung</b> .....	<b>10</b>
<b>3. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung</b> .....	<b>16</b>
<b>4. Die Bildungsträger berichten</b> .....	<b>28</b>
Gesicht Zeigen! und Schule am Bienwaldring .....	30
Bidigi e.V. an der Finkenkrugschule .....	34
Studierende der FU Berlin in Kooperation mit der Bildungsstätte Kurt Löwenstein an der Finkenkrug-Schule .....	38
LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V. und die Comenius-Schule .....	42
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) an der Kepler-Schule .....	46
Mehr als Lernen an der Charlotte-Pfeffer-Schule .....	50
Beteiligungsfüchse und die Peter-Frankenfeld-Schule .....	54
EPIZ an verschiedenen Schulen mit Förderschwerpunkt .....	58
<b>5. Handlungsempfehlungen</b> .....	<b>62</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>64</b>
<b>Endnoten</b> .....	<b>66</b>

# 1. AUSGANGSPUNKTE UND PERSPEKTIVEN



Im Zeitraum von Herbst 2022 bis Sommer 2024 wurde das Projekt „Politische Bildung mit allen“ von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung initiiert und in Kooperation mit dem Arbeitsbereich Politikdidaktik/politische Bildung der Freien Universität Berlin durchgeführt.

Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus das Programm „Politische Bildung an Berliner Schulen“ beschlossen. Mit dem Programm erhalten alle öffentlichen Berliner Grund- und weiterführenden Schulen ein Budget von 2.700 Euro, das zweckgebunden für Maßnahmen zur Förderung von Schulentwicklungsprozessen im Sinne einer demokratischen, an Grund- und Menschenrechten orientierten Schule zu verwenden ist. Damit sollen Angebote außerschulischer Bildungspartner finanziert werden.

## Menschenrechtliche Perspektive

In unserem Verständnis von inklusiver politischer Bildung setzen wir an einem menschenrechtlich fundierten Begriff von Inklusion an, der mit der vollen, gleichberechtigt wirksamen Teilhabe aller in Gesellschaft und Politik als Ziel verknüpft ist (vgl. dazu auch Gill 2021). Die dazu notwendige Einbeziehung in die Gesellschaft wird in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK, Artikel 3c und Artikel 19) betont<sup>1</sup>. Nur durch die Einbeziehung in Gesellschaft und Gemeinschaft ist individuelle Freiheit und Autonomie möglich. Die UN-BRK erkennt Menschen mit Behinderung als Teil der menschlichen Vielfalt an (UN-BRK, Präambel i) und fordert die Vertragsstaaten dazu auf, Maßnahmen zur „Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von Diskriminierung [zu] unternehmen,

um die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen zu gewährleisten“ (UN-BRK, Artikel 5, Absatz 3). Seit der Ratifizierung im März 2009 ist dies in Deutschland rechtlich verbindlich.

Der Paradigmenwechsel von „Behinder-tenpolitik“ hin zu einer „Behindertenrechts-politik“ geht mit dem Selbstverständnis einher, dass es hier nicht mehr um die individuelle Abweichung von einer vorgegebenen Norm und die individuelle Anpassung an diese geht, sondern um die Veränderung von (Sub-)Systemen durch Abbau von Barrieren in der Weise, dass alle gleichberechtigt teilhaben können (nicht müssen). Die Anerkennung menschlicher Vielfalt wird zur selbstverständlichen Norm und der Abbau von Barrieren zur staatlichen Verpflichtung. Dementsprechend ist dafür Sorge zu tragen, dass alle Barrieren, die durch Strukturen, Praktiken und individuelle Haltungen verursacht werden, vollumfänglich abgebaut werden.

Diesem Anspruch stellt sich eine inklusive politische Bildung, deren zentraler Ausgangspunkt es ist, alle Menschen als politische Subjekte und Rechtsträger anzuerkennen.

Zurecht hat Heiner Bielefeldt darauf hingewiesen, dass es aus der Perspektive eines menschenrechtlichen Universalismus nicht hinnehmbar ist, dass so etwas wie ein „Inklusionsrest“ entsteht: „Eine Inklusionspolitik, die gleichsam wissend (oder vermutend) in Kauf nähme, anderswo neue Ausschlüsse zu produzieren, wäre deshalb aus menschenrechtlicher Perspektive nicht

nur defizitär, sondern sinnwidrig. Der Anspruch kann vielmehr nur darin bestehen, dass möglichst niemand als „Rest“ zurückbleibt“ (Bielefeldt 2017). Dies gilt auch für eine politische Bildung, die das menschenrechtliche Prinzip der Inklusion zu ihrem Ausgangspunkt nimmt.

Zentraler Ansatzpunkt einer inklusiven politischen Bildung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, ist der Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention: das Recht auf Gehör. Der zuständige Fachausschuss hat in seinem **General Comment** deutlich gemacht, dass dies als individuelles und kollektives Partizipationsrecht zu verstehen ist und weitgehende Verpflichtungen umfasst, so sollen „die Vertragsstaaten [...] das Kind ermutigen, sich eine freie Meinung zu bilden, und für ein Umfeld [...] sorgen, welches das Kind in die Lage versetzt, sein Recht auf Gehör auszuüben“ (Deutsches Institut für Menschenrechte 2019: 7). Explizit betont der Ausschuss, dass das Recht nicht vom Alter, der Sprachbeherrschung oder einem umfassenden Wissen abhängig ist (ebd. 9). Eine inklusive politische Bildung, die Kinder und Jugendliche darin unterstützt, sich eine eigene Meinung über sie betreffende Sachverhalte zu bilden und diese Meinung (öffentlich) individuell und kollektiv (z. B. als Schulklasse) zu vertreten, ist im Lichte der Kinderrechtskonvention folglich als deren Recht zu begreifen (vgl. Gill 2021: 72).

## Demokratische Teilhabe, Einstellungen und Diskriminierung

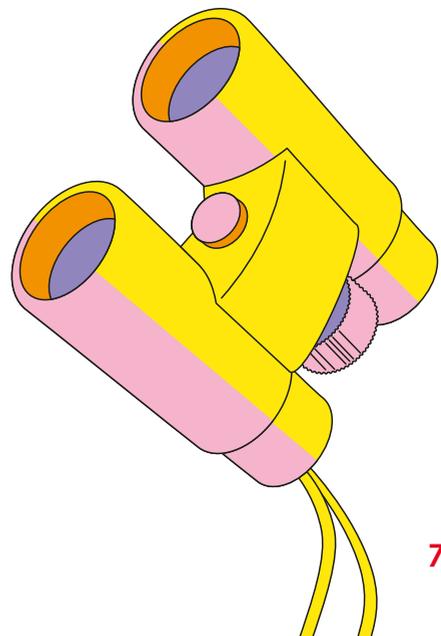
Eng mit dem menschenrechtlichen Ansatz verbunden ist die Forderung nach der Demokratisierung von Schule. Sie kann etwa durch ein Mehr an Mitbestimmung und Mitgestaltung oder durch ein Weniger an Diskriminierung und durch die Stärkung von Empowerment erreicht werden (vgl. Achour 2023a). Träger der außerschulischen politischen Bildung können hier wichtige Impulse setzen. Sie können neue Erfahrungsräume eröffnen und Schüler\*innen Möglichkeiten bieten, Diskriminierungserfahrungen zur Sprache zu bringen. Sie können sie ermutigen, sich gegen diese zur Wehr zu setzen und sich gegen menschenfeindliche Einstellungen generell einzusetzen. Mit ihrer Arbeit können sie Schule dazu anregen, diese Ansätze der Demokratisierung und der Stärkung von Teilhabe aufzunehmen und zu verstetigen.

Die Demokratisierung von Schule ist dabei nicht bloß aus der individuellen Sicht der Schüler\*innen bedeutsam, sondern auch gesamtgesellschaftlich. Denn es zeigen sich „empirisch positive Zusammenhänge von demokratisierenden Aspekten der Mitbestimmung, Mitgestaltung und Solidarität mit demokratischen Einstellungen und der Ablehnung von Menschenfeindlichkeit“ (Achour 2023a: 363). Einfach ausgedrückt bedeutet dies: Wer positive Teilhabeerfahrungen macht, wird auch eher gegen demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen eintreten. Wird Teilhabe dagegen verwehrt, bleibt dieser Effekt aus, insofern er sich nicht in sein Gegenteil verkehrt (vgl. Achour 2023b).

Teilhabe wird durch Diskriminierung erschwert (vgl. Schlenzka 2017). Wie verbreitet diese in Deutschland ist und wie sehr Menschen aufgrund ihrer Behinderung davon betroffen sind, zeigt die Studie **Diskriminierungserfahrungen in Deutschland** (Beigang et al. 2017). Diskriminierung im Bereich Bildung kann dabei in Form „sozialer Herabwürdigung, materieller Beeinträchtigung [oder] körperlicher Übergriffe“ erfahren werden (ebd. 144). Im Bildungsbereich kommt es häufig zu Diskriminierung in Form von

materieller Beeinträchtigung, etwa durch den verwehrt Zugang zu Bildungseinrichtungen (ebd.) oder der Fortsetzung von „schulischer Segregation“. Diese wurde im Juli 2023 von der Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention kritisiert (Deutsches Institut für Menschenrechte 2023: 58f). Die Aufrechterhaltung eines segregierenden Schulsystems steht der Verwirklichung des Ziels der Inklusion entgegen<sup>2</sup>.

Diskriminierung im Bildungsbereich wird vor allem von jüngeren Befragten jedoch am stärksten in Form sozialer Herabwürdigung erfahren (Beigang et al. 2017: 144). Auf dieser Ebene lässt sich mit Angeboten der politischen Bildung im Gegensatz zu Fragen, die die Ebene des Schulsystems betreffen, auch unmittelbar anknüpfen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass unter Schüler\*innen, die eine Schule



mit Förderschwerpunkt besuchen, ein besonderes Bedürfnis bestehen kann, eigene Diskriminierungserfahrungen zur Sprache zu bringen. Projekte, die einen Empowerment-Ansatz verfolgen und diese Erfahrungen kritisch in Ansätze politischen Handelns transformieren, waren von besonderem Erfolg. Gerade hinsichtlich des Zusammenhangs von Diskriminierung, Teilhabe und demokratischen oder demokratiegefährdenden Einstellungen dürfte dies besonders zielführend sein.

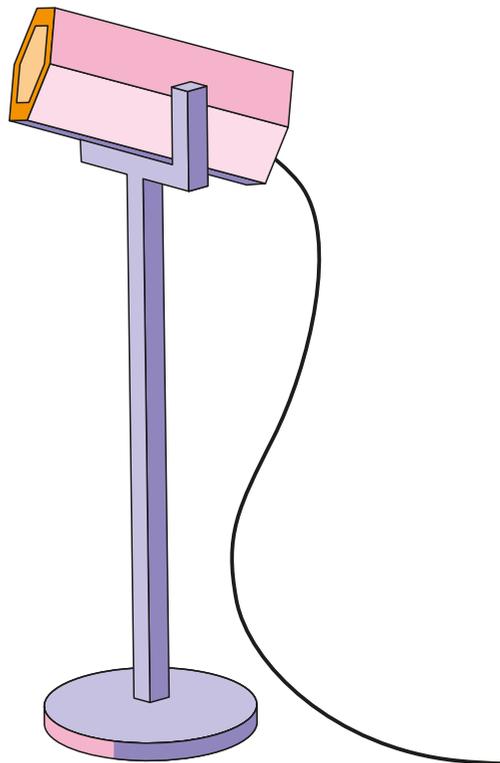
Zudem ist mit Heiner Bielefeldt grundsätzlich auf die Bedeutung hinzuweisen, die Antidiskriminierung für die demokratische Kultur hat. Sie hilft, Barrieren zu erkennen und abzubauen, die einer inklusiven demokratischen Partizipation im Wege stehen und kann damit als Mittel gegen populistische Entwicklungen verstanden werden (Bielefeldt 2022: 104f).

## **Bildungspolitischer Ausgangspunkt**

Trotz des menschenrechtlich fundierten Anspruchs auf Teilhabe und dem aufgezeigten Zusammenhang zwischen (verwehrter) Partizipation und demokratischen Einstellungen bestehen in der konkreten Praxis von Angeboten und Programmen vielfältige Hindernisse. Diese zeigen sich auch in der Auswertung des Programms „Politische Bildung an Berliner Schulen“.<sup>3</sup> Von den 637 öffentlichen Schulen (ohne Oberstufenzentren) haben sich im ersten Projektschuljahr 2021/2022 insgesamt 246 (ebenfalls ohne OSZ) an dem Programm beteiligt. Dies ist eine Quote von 38,6%, wobei die besonderen Bedingungen im zweiten „Corona-Schuljahr“ zu berücksichtigen sind. Von den 53 Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt haben sich nur 12 beteiligt, eine Quote (22,6%), die unterhalb der Grundschulen liegt (34,4%), bei denen noch keine so starke Verankerung der Kooperation mit der politischen Jugendbildung besteht.<sup>4</sup>

Soweit es die Analyse des bisherigen Programmverlaufs hergibt, wird deutlich, dass die Problemlage mehrdimensional ist. Angebote der politischen Bildung haben zum Teil an Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt ebenso wenig Tradition wie die Kooperationen mit Akteuren der außerschulischen Jugendbildung. Und auf deren Seite bestehen meist keine Erfahrungen mit Angeboten für Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Anderen Akteuren wie zum Beispiel der Behindertenhilfe, die wiederum mehr Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung haben, fehlt die Expertise in der politischen Bildung. Dabei bietet die breite Palette an Themen, die von Trägern politischer Bildung in Berlin angeboten wird, vielfältige Anknüpfungspunkte auch in der Kooperation mit Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt. Eine Expertise, die im Rahmen des aktuellen Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung erstellt wurde, kommt zur folgenden grundsätzlichen Einschätzung: „Solange Förderschulen in dieser Weise existieren, müssten sie, so eine Konsequenz, in Hinblick auf Demokratiebildung, vor allem auch kompensatorisch arbeiten, damit Kinder und Jugendliche ihre verfassungsmäßig garantierten Grundrechte bestmöglich und so autonom wie möglich ausüben können. Hierzu könnte aus unserer Sicht eine massive Ausdehnung expliziter Kinder-, Grund- und Menschenrechtsbildung sowie eine deutliche Stärkung der Sichtbarkeit traditioneller politischer Bildung beitragen, die an Förderschulen nach unseren Recherchen ein Schattendasein führen“ (Bittlingmeyer/Gerdes/Yüksel :62).



# 2. PROJEKT-UMSETZUNG

„Politische Bildung mit allen“ möchte aufzeigen, dass die Umsetzung einer Vielzahl an Projekten aus unterschiedlichen Bereichen an Schulen mit Förderschwerpunkten möglich ist und damit Mut machen, in Zukunft mehr davon an diesen Schulen zu realisieren.



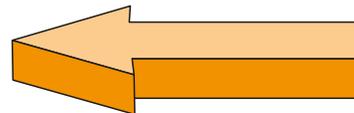
### Die Ziele des Projekts lauten daher:

1. **Schulen mit Förderschwerpunkt und Träger der außerschulischen politischen Bildung zusammenzubringen,**
2. **Projekte der politischen Bildung anzustoßen und**
3. **wissenschaftliche Erkenntnisse zu Best-Practice-Beispielen zu sammeln und zu kommunizieren.**

In einer **ersten Projektphase** stand im Mittelpunkt, Schulen und Träger der außerschulischen politischen Bildung zusammenzubringen. Bei einem Matching-Treffen im März 2023 lernten sich 15 Schulen und 15 Träger kennen. Die Auswahl der Schulen umfasste alle Förderschwerpunkte und es waren Träger aus den Bereichen politische Jugendbildung, Förderung von Mitbestimmung und Interessensvertretung, Umweltbildung, Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, historisch-politischer Bildung, Demokratiebildung, Antidiskriminierung und Gewaltprävention dabei. So war ein breites Spektrum an Angeboten gegeben und nahezu alle Schulen haben bei diesem

Treffen Kooperationsvereinbarungen für die Umsetzung von Projekten mit den Anbietern geschlossen. Im Wissen um die häufig schwierige Realisierung von Projekten sollten diese eine verbindliche Umsetzung unterstützen.

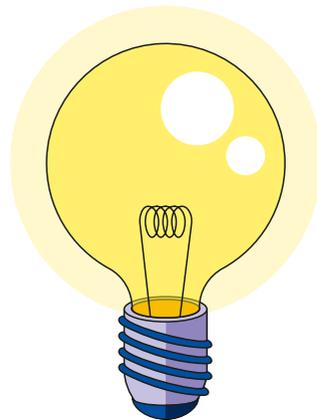
In der **zweiten Phase** wurden die Projekte in Kooperation von Schulen und Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung umgesetzt. Diese wurden vom Arbeitsbereich Politische Bildung/ Politikdidaktik der Freien Universität Berlin organisatorisch und wissenschaftlich begleitet. Am Ende konnten neun Projekte realisiert werden.



## Herausforderungen bei der Projektumsetzung

Die Auswertung dieser Phase hat aufschlussreiche Ergebnisse hinsichtlich einer gelingenden Organisation von Kooperationsprojekten erbracht. In vielen Fällen war eine aktive Koordinierung und Organisation spezifischer Hilfestellungen (Kontaktvermittlung, Planung, Fahrdienste etc.) durch die Projektleitung notwendig, um zu einer erfolgreichen Durchführung der Projekte zu gelangen. In den Fällen von nicht durchgeführten Projekten hat sich gezeigt, dass es vor allem **organisatorische Gründe** waren, die dazu geführt haben, dass Projekte nicht zustande kamen. Von Seiten der **Schulen** lässt sich sagen, dass es oftmals schwierig erscheint, Angebote in den vollen Schulalltag zu integrieren. Daraus können wir die Schlussfolgerung ziehen, dass es wichtig ist, die hohe Bedeutung von Angeboten der politischen Bildung zu betonen und dafür zu werben, für diese Raum im Schulalltag freizuhalten oder zu schaffen, um die Schüler\*innen an Angeboten teilhaben zu lassen. Um Schulen und Träger bei diesen organisatorischen Fragen nachhaltig zu unterstützen, erscheint die Einrichtung einer Koordinierungsstelle von besonderer Bedeutung.

Ein zweiter Grund für das Nichtzustandekommen von Angeboten lag darin, dass die Umsetzung der Projekte für **Träger** in manchen Fällen einen **Mehraufwand** bedeutete. Zusätzliche Zeit für ein Kennenlernen, für die Planung und Anpassung des Angebots oder die Notwendigkeit der Verteilung des Angebots auf mehrere kürzere Projektstage verursachen zusätzliche Kosten, die zum Teil nicht durch den Standardsatz der Förderung abgedeckt werden konnten. Hier scheint es sinnvoll, diese Förderkultur zu überdenken und angepasste Fördermodelle zu entwickeln. Eine vertiefte Diskussion der beiden hier angemerkten Punkte findet sich in den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung in **Kapitel 3**.



In der **dritten Projektphase** wurden die Daten der wissenschaftlichen Begleitung ausgewertet. Das methodische Vorgehen wurde vom Erkenntnisinteresse geleitet, welche Bedingungen für Schüler\*innen an Schulen mit verschiedenen Förderschwerpunkten erfüllt sein sollten, damit die Projekte der politischen Bildung als gelungen bezeichnet werden können. Die Spiegelung dieser Frage zielt auf Hürden und Fallstricke, die zu nehmen oder zu beachten sind. Der Forschungsprozess war außerdem offen angelegt, sodass auch über diese Frage hinaus Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Die Begleitung legte den Schwerpunkt auf die Anwendung qualitativer Forschungsmethoden. Zentrale Methode war die teilnehmende Beobachtung, die in fünf Projekten an insgesamt acht Projekttagen durchgeführt werden konnte. Ergänzend wurden qualitative Interviews und Auswertungsgespräche geführt sowie Fragebögen mit offenen Antwortformaten für alle Projekte eingesetzt.

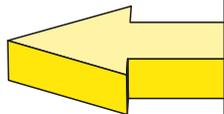
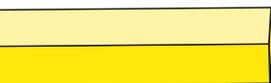
Trotz des offenen Forschungsdesigns bestanden Vorannahmen über das Gelingen von inklusiver politischer Bildung, die in den Forschungsprozess eingegangen sind und in der Erhebung berücksichtigt wurden. Dazu gehören etwa der Einsatz von leichter Sprache (vgl. Rüstow 2015) oder der Empowerment-Ansatz (vgl. Dönges/Köhler 2015). Unter den Prinzipien der Didaktik politischer Bildung (vgl. Gloe/Oefftering 2020: 120) wurden Exemplarität und Schüler\*innenorientierung als besonders wichtig angesehen (vgl. Achour 2020: 120). Die Ergebnisse bestätigten deren Relevanz.

Ratz et al. (2020: 141) bezeichnen inklusive politische Bildung in Anlehnung an Heinen (2003: 74) dagegen vor allem als „gemeinsamen Suchprozess“ und betonen damit die Offenheit der Bildungssituationen. An dieser Grundeinstellung hat sich auch unser Forschungsprozess orientiert.

Forschung auf dem Feld der Inklusion muss sich zudem besonderen forschungsethischen Fragen stellen (vgl. Schuppener/Heusner/Müller 2020). Einige damit zusammenhängende Fragen, die eine gewichtige Rolle spielten, bezogen sich etwa darauf, ob wir als Beobachter\*innen mit an den Bildungsangeboten teilnehmen dürfen. Um sicherzustellen, dass unsere Teilnahme in keinem Fall für die Beteiligten irritierend oder überwältigend war oder zur Störung der Angebote führte, wurden sowohl mit der Schulseite als auch mit den Anbietern enge Absprachen getroffen. Rollentransparenz, Offenheit für Nachfragen sowie situationspezifische Beteiligung an den Methoden waren wichtige Handlungsmaximen für die Teilnahme.

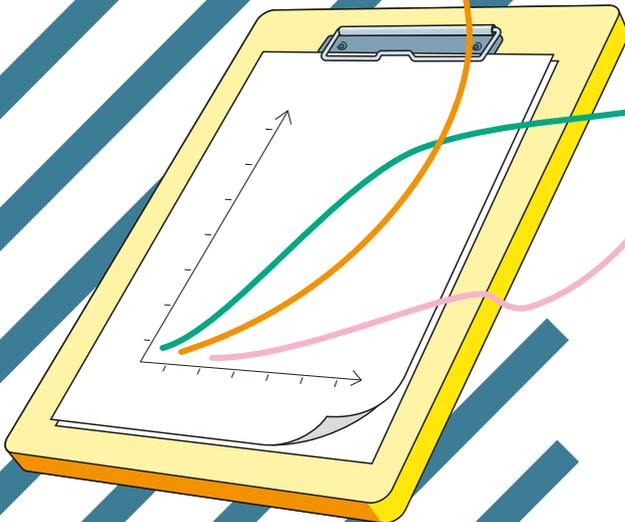
Zudem bleibt die spannungsreiche Frage nach dem Verhältnis des Grundgedankens der Inklusion zu einem segregierenden Schulsystem (a. a. O. S. 3), das nach Förderschwerpunkten kategorisiert und damit zielgruppenspezifisch ausgerichtet ist, offen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2023: 58f). Dieser Kritik wird sich das deutsche Bildungssystem weiterhin stellen müssen. Es muss dabei nicht als Widerspruch gesehen werden, sich in der Gestaltung konkreter Angebote an den individuellen Bedürfnissen der Schüler\*innen zu orientieren.

Werden diese im Sinne des Empowerment-Ansatzes ausgestaltet, kann der Zielgruppenansatz sogar eine wichtige Grundvoraussetzung für das Gelingen von inklusiven politischen Bildungsangeboten sein (vgl. Dönges/Köhler 2015 und kritisch hierzu auch Gill 2021: 70f). Damit vereinbar ist das Verständnis von Inklusion als schrittweisem Prozess der Annäherung an ein Ideal, auf dem Stück für Stück Zugangs-, Teilhabe- und Mitbestimmungschancen verbessert werden (Besand/Jugel 2015): Inklusion als Ziel, aber auch als Weg (vgl. Gill 2021: 69). Die durchgeführten Angebote haben ihren Beitrag geleistet, diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen und werden in **Kapitel 4** vorgestellt.





# 3. ERGEBNISSE DER WISSEN- SCHAFTLICHEN BEGLEITUNG



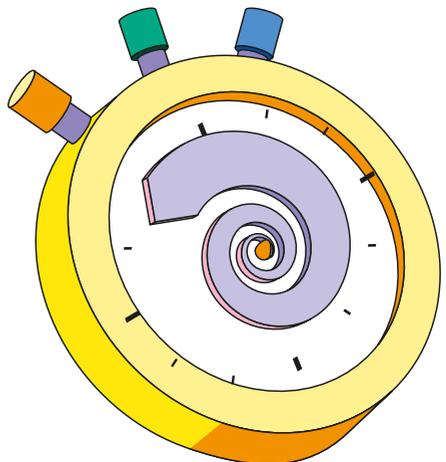
## 1 Inklusive politische Bildung braucht (mehr) Zeit (zur Vorbereitung)

Einige Träger berichten von einer intensiven und längeren Vorbereitungszeit im Vorfeld der Projektumsetzung. Ein Erfolgsfaktor für eine gelungene Vorbereitung ist dabei die Durchführung von Hospitationen an den Schulen, die sowohl die Teamer\*innen als auch die Lehrkräfte sehr positiv bewerten. Durch Hospitationen können Ängste und Unsicherheiten auf beiden Seiten abgebaut werden. Zudem wird dadurch ein enger Beziehungsaufbau zwischen allen Akteuren (Lernende, Lehrende, Träger, pädagogisches Personal) gefördert und die Teamer\*innen

können sich auf die spezifische Lerngruppe einstellen. An den Projekten nahm eine sehr diverse Schüler\*innenschaft mit verschiedensten Bedarfen teil, sodass ein „One-size-fits-all“ mit vorgefertigten Materialien und Formaten in der Regel nicht gut funktionierte. Für die Zukunft ist es folglich wichtig, Hospitationen als Teil von Kooperationsprojekten zu standardisieren. Die zusätzliche Zeit, die in die Vorbereitung investiert wird, kostet aber auch Geld. Daher braucht es für Hospitationen, die Entwicklung und Anpassung von Materialien und die hohe Vorbereitungsintensität eine ausreichende Finanzierung.

„Also ja, wir haben uns besonders vorbereitet. Viel mehr Arbeit, also ne, alleine durch die Hospi und so [...] wir haben auch diese Vorbereitung bezahlt bekommen, ist irgendwie auch fair, weil es einfach mehr Arbeit ist, weil wir methodisch nicht darauf ausgelegt sind hier.“ **Teamer\*in**

„Die Bildungsreferent\*innen kamen vor dem Workshop zum Hospitieren in die Schule und konnten so die Lerngruppe kennenlernen, eine wichtige Voraussetzung, um die Lernvoraussetzungen einzuschätzen. So wussten die Lernenden auch, auf wen wir treffen, hatten weniger Ängste, sich am neuen Lernort zu äußern.“ **Lehrkraft**



## 2 Inklusive politische Bildung braucht gute Rahmenbedingungen

„Kann die Tür jetzt endlich mal zubleiben?! Es nervt.“ **Teamer am Ende eines Workshoptages, an dem es permanent zu Störungen kam.**

Politische Bildung braucht immer gute Rahmenbedingungen. Wer politische Bildung inklusiv gestalten will und Angebote in heterogenen Lerngruppen durchführt, muss auf diese besonders achten. Dabei gibt es einige wichtige Fragen, die sich politische Bildner\*innen vor einem Workshop stellen sollten: Welche besonderen Bedarfe gibt es in der Gruppe? Gibt es Schüler\*innen, die sensibel auf Lautstärke reagieren? Braucht es besondere Sitzgelegenheiten? Muss die Länge des Workshops angepasst werden? Wie viele Pausen brauchen wir?

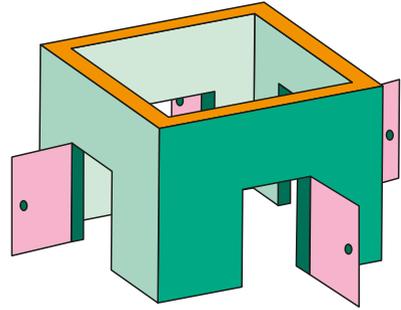
Außerschulische Lernorte haben hier oftmals entscheidende Vorteile gegenüber der Umsetzung von Angeboten in den Schulen. Bei der Durchführung von Workshops an Schulen gibt es in der Regel mehr Störungen und Einflüsse von außen. Außerschulische Lernorte bieten dagegen

den Trägern die Möglichkeit, stärker auf die Bedürfnisse der Schüler\*innen einzugehen. Außerdem kann hier politische Bildung fern von Alltag und Leistungsdruck der Schule stattfinden. Außerschulische Lernorte haben allerdings wiederum den Nachteil, dass die Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr kompliziert sein kann oder die Teilnahme sogar unmöglich erscheinen lässt. Hier braucht es Hilfe bei der Organisation und Finanzierung von Fahrdiensten. Langfristig ist es wichtig, dass eine solche Unterstützung strukturell verankert wird, damit sie nicht weiterhin vom individuellen Engagement Einzelner abhängt.



### 3 Schüler\*innenorientierung als Schlüssel zum Erfolg

Workshops, die stark schüler\*innenorientiert waren und weniger darauf zielten, vorgegebene Lerninhalte vermitteln zu wollen, sondern die von den Schüler\*innen gewünschten aufgriffen, zeigten sich als besonders erfolgreich. Einige Projekte boten hier bspw. Wahlmöglichkeiten für die Schüler\*innen an, etwa ein Stationenlernen, indem verschiedenste Fähigkeiten gefordert wurden. Aber auch einfachere Wahlmöglichkeiten, wie etwa die Nachfrage, ob inhaltlich weitergearbeitet oder ein kurzes Bewegungsspiel zur Auflockerung gespielt werden soll, steigert die Motivation, nimmt die Bedürfnisse der Schüler\*innen ernst und lässt sie partizipieren. Schüler\*innenorientierung ins Zentrum der Vorbereitung und Durchführung der Bildungsformate zu setzen, bedeutet, ggf. auch inhaltliche Abstriche zu machen – die aber möglicherweise dazu beitragen, dass die Ziele gerade erreicht werden, wie z. B. Sensibilisierung für Diskriminierung, für Mitbestimmung etc. Das heißt nämlich nicht, dass inhaltlich nichts vermittelt wird. Wenn es etwa um schwierige Begriffe geht, können sich Teamer\*innen auf wenige Begriffe beschränken, diese wiederholt, in einfacher Sprache und veranschaulicht durch Geschichten, Bilder oder Erfahrungsberichte in die Workshops einbringen.



„Nee, das ist mir jetzt zu viel Text. Ich probiere lieber die Station hier aus, die macht mehr Spaß.“ **Schülerin**

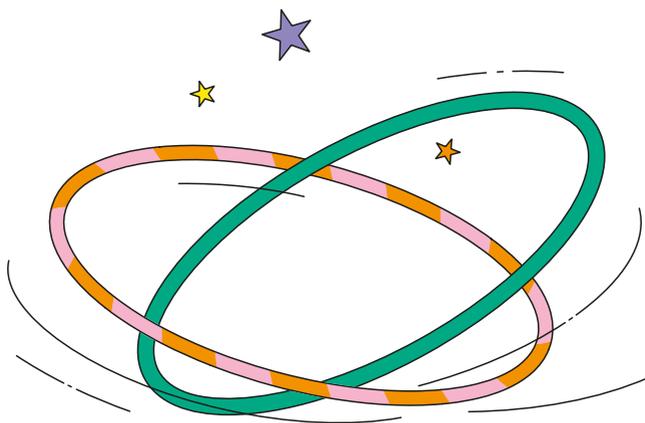
„Wenn es [...] um Partizipation, Meinungsäußerung geht, dann hätte man manchen Inhalt rauslassen können.“ **Teamer\*in, Auswertungsgespräch**

## 4 Mit allen Sinnen lernen

In den von uns begleiteten Angeboten waren es besonders Methoden und Lernumgebungen, welche verschiedene Sinne der Schüler\*innen ansprachen, die die Motivation der Schüler\*innen weckten und ihnen das Lernen erleichterten. Statt vornehmlich sprachbasiert zu arbeiten, bieten sich visuelle, haptische, künstlerisch-kreative und performative Methoden an. Hier kann mit Bildern, Bewegungen, Gegenständen oder Musik gearbeitet werden. Bewegungen und Körper können durch Warm-up-Übungen, wie etwa Ausschütteln oder Tanzen, eingebunden werden oder in größere Methoden integriert sein. Auch Mimik, Gestik und Körpersprache der Teamer\*innen sind ein wichtiges Werkzeug, um die verbale Vermittlung von Inhalten zu unterstützen.

„Angebote für verschiedene Sinne [...] noch stärker Methodenwechsel von Machen und Sprechen ... das ist was, was wir jetzt auch wieder stärker verankern wollen, einfach, um mehr Angebote für unterschiedliche Bedürfnisse auch schaffen zu können.“ **Teamer\*in**

Ebenso können durch eine spezifische Raumgestaltung verschiedene Sinne angesprochen werden. Ein Lernort fiel als besonders hervorzuhebendes Beispiel positiv auf: Dort gab es unterschiedlichste Räume wie ein Café, eine Turnhalle oder einen Musikraum, die abwechslungsreich gestaltet waren und durch Wandgemälde, Kronleuchter und Ausstellungsgegenstände, die Schüler\*innen zum Entdecken einluden. Der positive Einfluss dieser Atmosphäre auf Motivation und Lernbereitschaft der Schüler\*innen unterstreicht noch einmal die Möglichkeiten, die außerschulische Lernorte bieten (Ergebnis 2).



## 5 Diskriminierungserfahrungen spielen eine große Rolle

Schüler\*innen an Förderschulen machen häufig verschiedene Diskriminierungserfahrungen, unter anderem auch aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Förderschulen selbst. Die Jugendlichen berichten über Scham, wenn sie außerhalb der Schule als Förderschüler\*innen erkannt werden und dass sie versuchen zu verheimlichen, welche Schule sie besuchen. Im Sinne von Schüler\*innenorientierung und Empowerment ist es wichtig, diesen Diskriminierungserfahrungen Raum zu geben, Handlungsstrategien dagegen zu entwickeln und Möglichkeiten aufzuzeigen, diese (politisch) zur Sprache zu bringen.

Dabei grenzen sich Schüler\*innen aber zum Teil auch von Mitschüler\*innen ab, die stärkere und/oder sichtbarere Beeinträchtigungen als sie selbst haben. Dadurch zeigt sich, wie sehr Stigmatisierung und Diskriminierung internalisiert und reproduziert werden: die Schüler\*innen grenzen

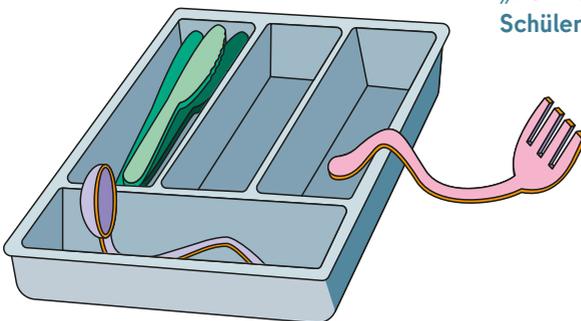
sich von anderen, vermeintlich stärker behinderten Mitschüler\*innen ab, um selbst als „normal“ angesehen zu werden (s. dazu auch Karim 2023). Für die Teamer\*innen besteht die Herausforderung darin, die Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen sensibel und verständnisvoll zu thematisieren, dabei aber die Abgrenzungswünsche etwa zu Mitschüler\*innen zu reflektieren und zu problematisieren sowie die von der Diskriminierung der Mitschüler\*innen Betroffenen deutlich zu schützen.

Das Thema Ausgrenzung und Stigmatisierung ist für die Su\*S mit höherem Leistungsniveau sehr wichtig. Dabei reproduzieren sie die Logik der Ausgrenzung:

„Ich möchte eine Schule, wo wir eher so unter uns sind, ohne Schüler X und Y (auch körperliche Einschränkungen).“

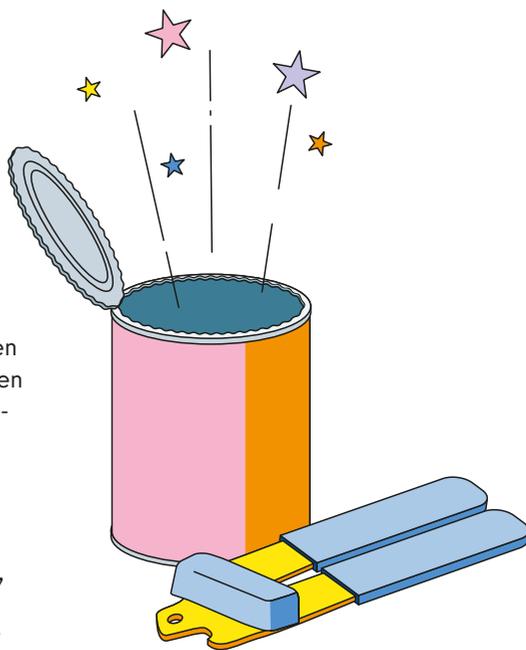
„Wenn wir da ankommen und dann heißt es, wir sind vom Förderzentrum. Voll peinlich.“

„Den Ausweis habe ich zerrissen.“  
**Schüler\*in, Beobachtungsprotokoll**



## 6 Selbstwirksamkeits- erfahrungen stärken

Inklusive politische Bildung hat die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zum Ziel (Jugel/Hölzel/Besand 2020). Dazu müssen diese aber die Erfahrung machen, dass sie tatsächlich gemeinsam handelnd etwas bewirken können (Oeffering 2015). In der politischen Bildung sollten keinesfalls nur individualisierte Partizipationsformen, wie das im Zitat erwähnte Müllsammeln, aufgezeigt werden. Zugleich aber kann es sinnvoll sein, mit Schüler\*innen politische Handlungen zu identifizieren und zu erproben, die ein unmittelbares Ergebnis haben (können), da diese die Selbstwirksamkeit der Jugendlichen stärken. Wenn politische Bildner\*innen Möglichkeitsräume eröffnen und Ideen anstoßen, dann kann politisches Handeln auch von den Schüler\*innen selbst ausgehen und über den Workshopkontext hinausreichen.



” Die Schüler\*innen haben sich Gedanken dazu gemacht, wie sie sich in Gesellschaft einbringen möchten und was ihnen wichtig ist. Deutlich wurde, dass eine direkte Sichtbarkeit von Engagement für viele ausschlaggebend war. Eine Demo bspw. scheint eher wenig gewinnbringend.

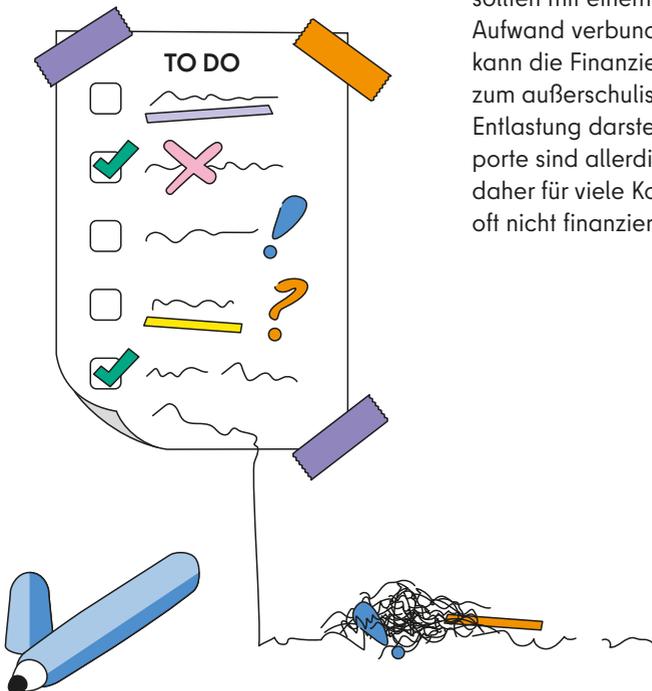
Direkt helfen (bspw. Klima-Müll aufheben oder Leuten direkt etwas geben, was sie brauchen) [ist] zufriedenstellender.“

**Teamer\*in**

## 7 Lehrkräfte brauchen Entlastung und Unterstützung

„Wir Lehrkräfte bräuchten Entlastung in anderer Hinsicht: organisatorische Aufgaben, Anträge, Bürokratie, Tätigkeiten, die in den Aufgabenbereich von Sozialarbeiter\*innen fallen [...] es gibt so viele Dinge, die wir „nebenbei“ erledigen müssen und durch die dann viele Lehrkräfte keine Kapazitäten mehr für solche wichtigen Projekte haben. Eine konkrete Erleichterung wäre natürlich immer ein Fahrtransport!“ **Lehrkraft**

Ein wichtiger Faktor für das Zustandekommen von Kooperationen und ihren anschließenden Erfolg besteht im Engagement der Lehrkräfte. Viele der teilnehmenden Lehrkräfte waren sehr motiviert, sprachen aber gleichzeitig darüber, wie viel Aufwand die Organisation und Durchführung der Kooperationen für sie bedeutet. Lehrkräfte sind mit ihren alltäglichen Aufgaben ausgelastet. Kooperationen mit der außerschulischen Bildung kommen dann als weitere Belastung hinzu, die zusätzliche Ressourcen bindet. Im Schulalltag brauchen Lehrkräfte folglich mehr Unterstützung, gerade bei organisatorischen Aufgaben. Die Beantragung, Planung und Durchführung von Kooperationen sowie die Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung sollten mit einem möglichst geringen Aufwand verbunden sein. Beispielsweise kann die Finanzierung eines Fahrdienstes zum außerschulischen Lernort eine große Entlastung darstellen. Solche Fahrtransporte sind allerdings sehr teuer und daher für viele Kooperationsprojekte oft nicht finanzierbar.

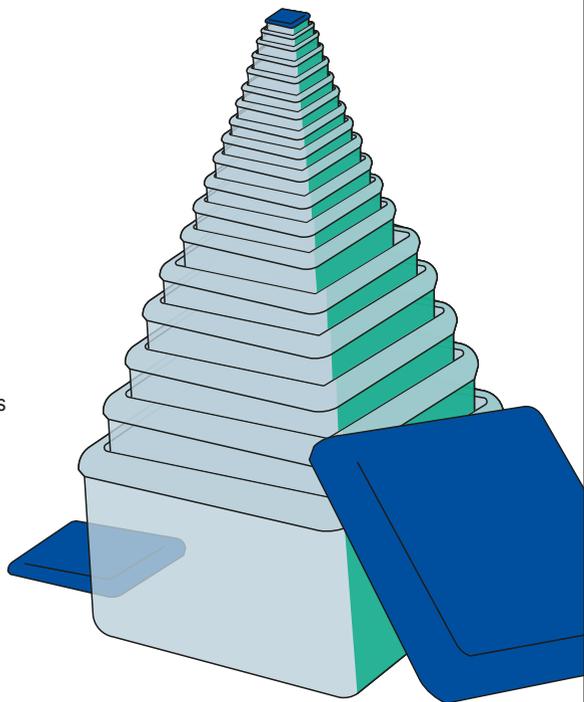


## 8 Politische Bildung sollte immer inklusiv gedacht werden

„Ich will versuchen, die Kriterien inklusiver politischer Bildung auch in anderen Bereichen anzuwenden, da ich eindrücklich gezeigt bekommen habe, wie relevant es ist, Bildung nicht dann inklusiv zu gestalten, wenn Menschen mit Behinderung<sup>5</sup> daran teilnehmen, sondern dass das Konzept der inklusiven politischen Bildung allen Menschen zugutekommt und weit über das Kriterium von „Behinderung“ hinausgeht.“

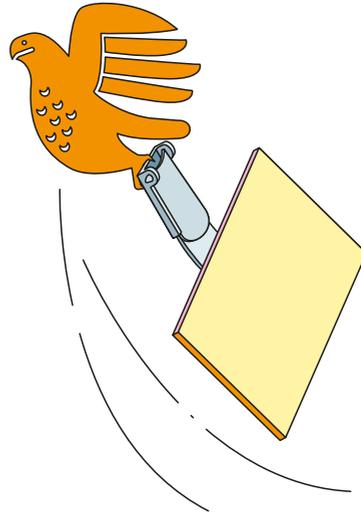
**Teamer\*in**

Obleich das Projekt „Politische Bildung mit allen“ spezifisch Kooperationen von außerschulischer politischer Jugendbildung und Schulen mit verschiedenen Förderschwerpunkten zum Gegenstand hatte, macht das Zitat deutlich, dass ein breites Verständnis von inklusiver politischer Bildung, das über zielgruppenspezifische politische Bildung für Förderschüler\*innen hinausgeht, nicht aus dem Blick geraten darf. Inklusive politische Bildung hat das Ziel, allen Menschen Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen (vgl. Achour 2020: 118f). Inklusive politische Bildung bedeutet für die außerschulischen Träger aber mehr als die didaktischen Angebote weiterzuentwickeln, ebenso stehen eigene Haltungen und Selbstverständnisse und strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen auf dem Prüfstand (vgl. auch Gill 2014 und Reich 2015).



## 9 Repräsentanz in der politischen Bildung weiterentwickeln

Für eine langfristige Etablierung einer inklusiven politischen Bildung reicht es nicht aus, dass es in Organisationen, in denen größtenteils nicht von Ableismus betroffene Personen arbeiten, vereinzelt Angebote für bestimmte Zielgruppen, wie etwa Förderschüler\*innen, gibt. Die Träger politischer Bildung sollten vermehrt Menschen mit Behinderung als Expert\*innen einbeziehen, gerade auch um defizitorientierte Fremdzuschreibungen zu verhindern, die zu oft ein Problem zielgruppenspezifischer politischer Bildung sind (Dönges/Köhler 2015). Dazu sollten auch Strukturen und Arbeitsbedingungen inklusiv gestaltet werden (zur Weiterentwicklung von Strukturen s. auch Gill 2021: 72f). Das bedeutet aber gleichzeitig nicht, dass die Verantwortung für eine inklusive politische Bildung bei Menschen mit Behinderung liegen sollte. Hierfür müssen sich alle engagieren und die fehlenden Erfahrungen als Person ohne Behinderung dürfen keine Ausrede dafür sein, die eigene politische Bildungsarbeit nicht inklusiver gestalten zu können.



„ Es könnten beispielsweise Menschen mit Behinderung selbst dazu ausgebildet werden, über ihre Lebenssituation/zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen zu bilden und Angebote an Universitäten etc. sollten verstärkt auch durch Lehrkräfte, die selbst eine Behinderung haben, durchgeführt werden. Dies meine ich aber nicht im Sinne davon, dass Menschen mit Behinderung in die gesellschaftliche Verantwortung gestellt werden sollten, mehr inklusive Bildung zu schaffen, sondern dass es viel zu wenige Angebote politischer Bildung gibt, die von Bildner\*innen mit Behinderung durchgeführt werden. In diesem Bereich bleibt echte Inklusion meiner Einschätzung nach noch aus.“ **Teamer\*in**

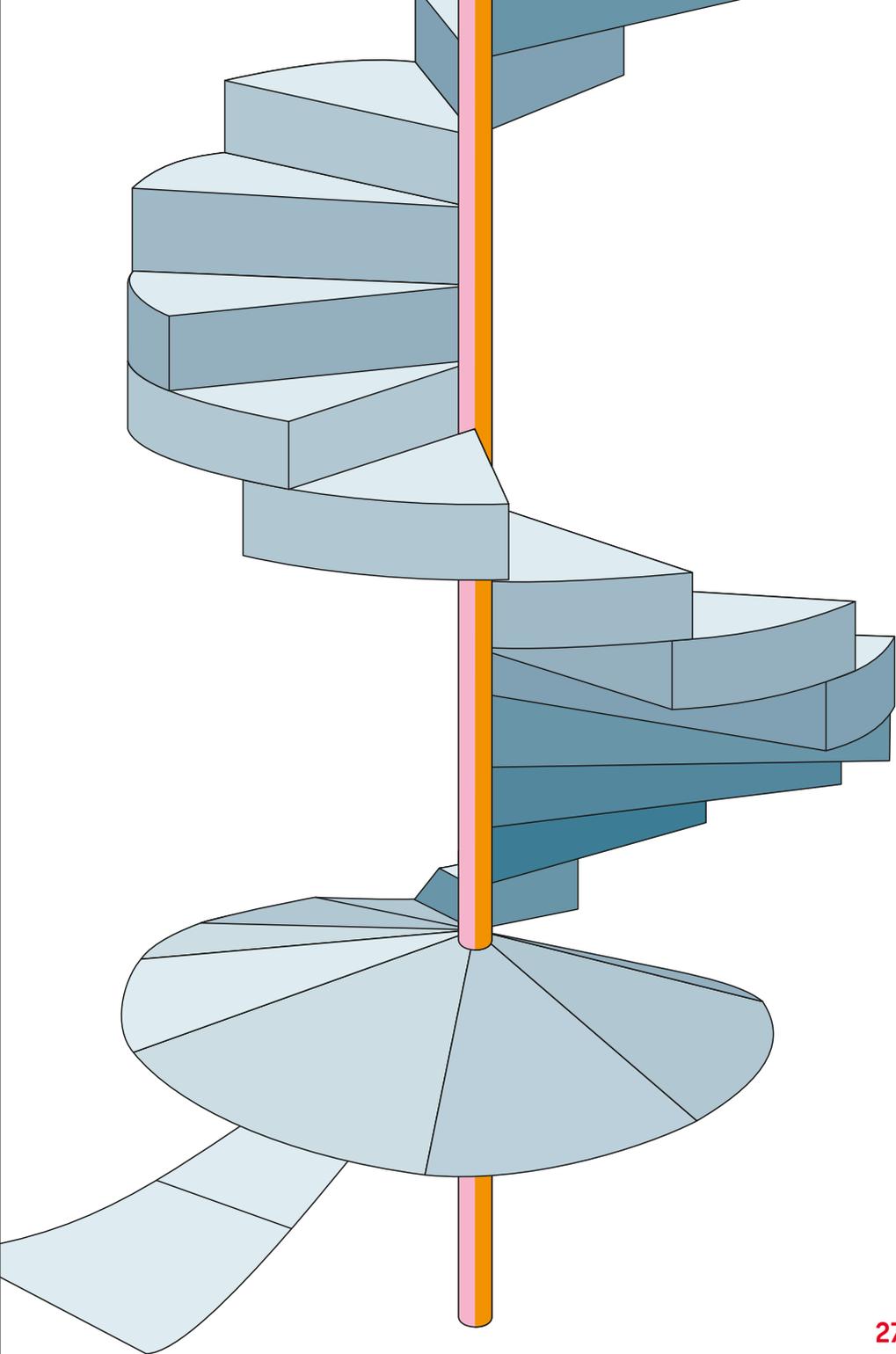
## 10 Für inklusive Politische Bildung müssen sich alle engagieren

Nicht nur Träger politischer Bildung müssen sich für deren inklusivere Umsetzung einsetzen. Auch andere Orte, an denen politische Bildung stattfindet, wie etwa Museen oder politische Institutionen, müssen inklusiver gestaltet sein. In einem aufschlussreichen Projekt wurde mit einer Förderschulklasse das Berliner Abgeordnetenhaus besucht. Sowohl der Mitarbeiter, der die Führung durch das Abgeordnetenhaus leitete als auch die Lokalpolitikerin, mit der die Jugendlichen sprachen, drückten sich nicht den Jugendlichen gerecht aus. Außerdem stellten sich Teile des Abgeordnetenhauses als nicht barrierefrei heraus und die Klasse bekam aufgrund von Verzögerungen keinen Raum, um mit der Politikerin zu sprechen, sodass das Gespräch draußen an einer lauten Straße stattfand. Dieser Besuch zeigte, dass das Abgeordnetenhaus zwar ein Ort ist, an dem politische Bildung stattfindet, diese aber noch nicht inklusiv gedacht wird. Eine Überlegung wäre hier bspw., Menschen in diesen Institutionen bezüglich einfacher Sprache besser zu schulen.

Das Beispiel zeigt, dass sich für eine inklusive politische Bildung alle einsetzen müssen, seien es Schulen, Bildungsträger, politische und Kulturinstitutionen oder Einzelpersonen!

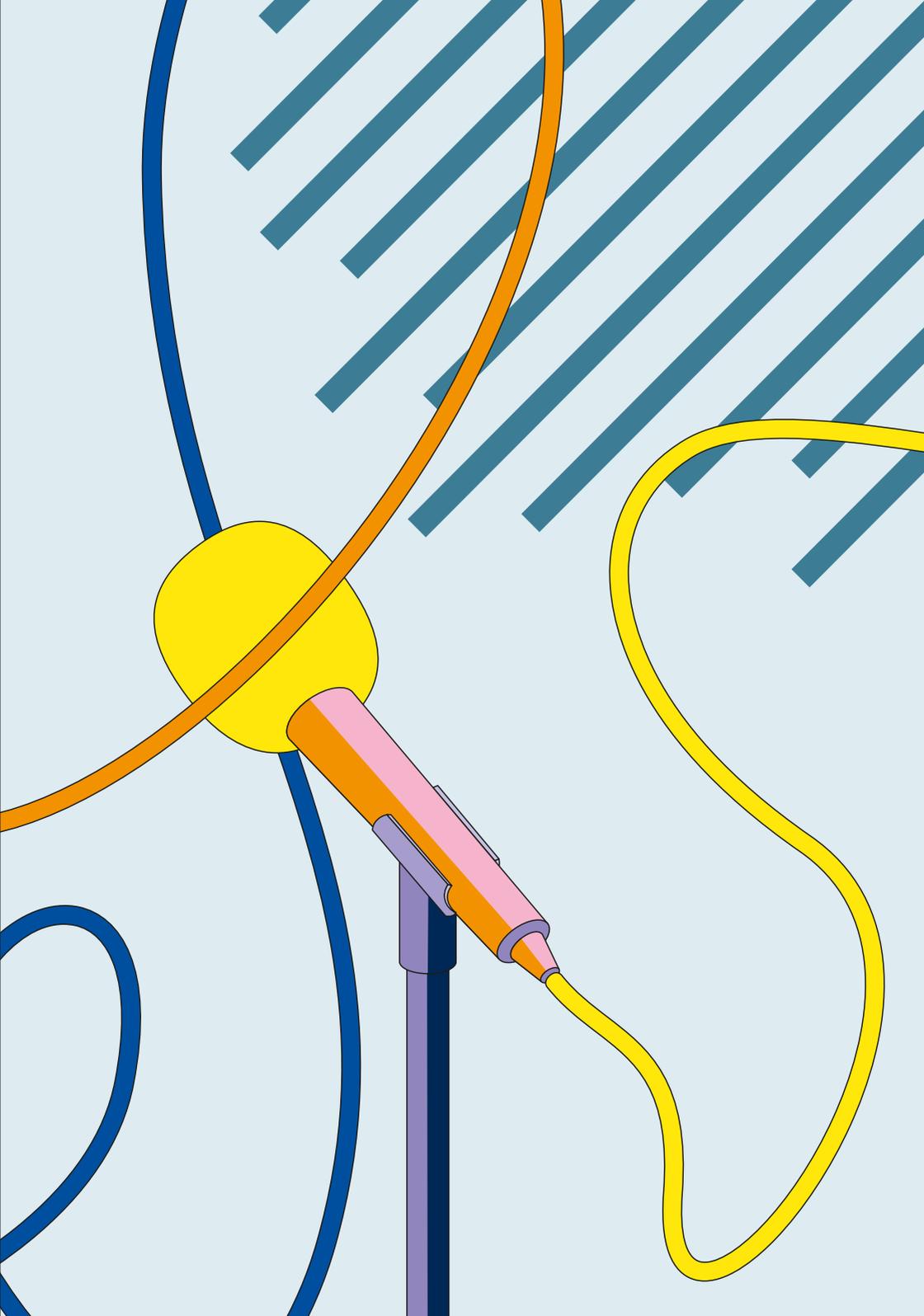
” Soll Menschen politische Bildung zukommen und sollen sie zu Teilhabe und Meinungsäußerung begeistert werden, müssen aber die demokratischen Institutionen an sich einladender auf junge Menschen zugehen.“ **Teamer\*in**

” Ich denke, dass insbesondere Museen einen besseren Zugang zu politischer Bildung gewährleisten könnten. Insbesondere der haptische „Ausprobier“-Zugang kommt häufig zu kurz. Handlungsorientierte und lebensweltnahe Lernangebote helfen Schüler\*innen mit kognitiven Beeinträchtigungen enorm, um Sachverhalte verstehen zu können. Auch Infotafeln im gesamten Berliner Stadtraum könnten in leichte Sprache übersetzt werden.“  
**Lehrkraft**



# 4. DIE BILDUNGS- TRÄGER BERICHTEN





# GESICHT ZEIGEN! UND SCHULE AM BIENWALDRING



**AUTOR\*INNEN:** Judith Boegner, Jan Krebs

**BILDUNGSREFERENT\*INNEN:** Henrike Tipkämper, Huda El-Sharkawy

**SCHULART:** Schule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“

**JAHRGANGSSTUFE/ALTER:** Abschlussstufe, ca. 15 bis 18 Jahre alt

**ANZAHL TEILNEHMER\*INNEN:** ca. 14

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

„Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ ist eine bundesweit tätige Organisation. Wir engagieren uns für eine offene Gesellschaft und gegen jede Art von Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. An unserem künstlerisch gestalteten außerschulischen Lernort „7xjung - Der Lernort von Gesicht Zeigen!“ führen wir täglich Workshops mit Schulklassen durch. Die Ausstellung behandelt Erfahrungen von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung - und sie zeigt, was man dagegen tun kann. Es ist ein künstlerischer Ort, der ein persönliches, emotionales und sinnliches Nachspüren auch schwieriger Fragen ermöglicht. Die Workshops am Lernort

setzen ein dialogisches und jugendbezogenes Konzept um und knüpfen Verbindungen von der Zeit des Nationalsozialismus bis in die Gegenwart.

## 2 Was waren die Ziele des durchgeführten Projekts?

In der dreiteiligen Workshopreihe fand eine vielschichtige Auseinandersetzung mit den Themenfeldern „Identität und Diversität“ statt. Ein besonderer Fokus wurde auf die Themen „geschlechtliche Vielfalt und sexuelle Identität“ gelegt. Zu den zentralen Zielen des Projektes gehörte es, alle Teilnehmer\*innen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Perspektiven in die Auseinandersetzung

mit den Workshopinhalten einzubinden und allen eine aktive Beteiligung zu ermöglichen. Hierbei musste berücksichtigt werden, dass die Schüler\*innen der Gruppe sehr unterschiedliche Möglichkeiten hatten, sich sprachlich in den Workshop einzubringen.

### 3 Was war das spezifisch politisch Bildende an Ihrem Projekt?

An eine künstlerisch-praktische Beschäftigung mit der eigenen Identität mit Blick auf die eigenen Vorlieben und der Reflexion von Gemeinsamkeiten und Interessen in der Gruppe schloss sich ein erweiterter Blick auf Gesellschaft an. Wir haben dabei Wert daraufgelegt, Vielfalt sichtbar zu machen und Wertschätzung für Vielfalt zu befördern. Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Diskriminierungsformen haben wir verschiedene Optionen aufgezeigt, wie man sich selbst aktiv in die Gesellschaft einbringen und für Themen einstehen kann, die einem wichtig sind.

Foto: 7xjung

### 4 Konnten Sie Ihre Ziele gut umsetzen?

Insgesamt hat der Aufbau der Workshopreihe sehr gut funktioniert. Ein wichtiger Schlüssel für das Erreichen der gesteckten Ziele war der verstärkte Einsatz von Bildern, Symbolen, Fotografien und Fahnen (Pride Flags etc.) in der Methodik. Das Arbeiten mit Porträts haben wir in allen Workshopphasen aufgegriffen und es bildete dadurch eine wichtige Konstante. Unterschiedliche räumliche Settings und kreativ-künstlerische Methoden eröffneten vielfältige Möglichkeiten für eine niedrigschwellige Beteiligung. Im Zuge von sprachbasierten Methoden fiel jedoch auf,



dass sich nur wenige Schüler\*innen aktiv einbringen konnten und diese in der Folge von uns zu häufig gezielt angesprochen wurden. An diesen Stellen wäre zukünftig eine noch flexiblere Methodik gefragt.

### **5 Wie haben Sie auf die besonderen Bedarfe der Schüler\*innen reagiert?**

In Rücksprache mit der Klassenleitung haben wir den Workshopmodus angepasst. Anstelle eines einmaligen, 4-stündigen Besuchs des Lernortes haben wir an drei 2-stündigen Terminen zu dem abgesteckten Themenfeld gearbeitet. Auf diese Weise wurde mehr Raum für kreative Prozesse und das ausführliche Erläutern und Wiederholen von Inhalten geschaffen. Zugleich wurde der Zeitrahmen pro Tag an die intensiven Arbeitsspannen der Teilnehmenden angepasst. Um allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, sich zu den Themen und Fragestellungen zu äußern, haben wir in der Kommunikation verstärkt Bilder und Symbole eingesetzt. Kreativ-künstlerische und performative Methoden haben wir gegenüber sprachfokussierten Methoden verstärkt eingesetzt und insgesamt intensiv auf Methodenwechsel geachtet. Für unterschiedliche Körper und Bedürfnisse wurden unterschiedliche Sitzgelegenheiten bereitgestellt. Pausen mit Verpflegung haben wir als gemeinsames Ritual eingeführt, um das Miteinander von Bildungsreferent\*innen und der Gruppe zu stärken und um die angrenzenden Arbeitsphasen zu rhythmisieren.

### **6 Was würden Sie nächstes Mal anders machen?**

Trotz eines starken Bewusstseins von intersektionalen Verknüpfungen würden wir das nächste Mal einen stärkeren Fokus auf die Beschäftigung mit einzelnen Diskriminierungsformen legen. Insgesamt wurden zu viele Fremdwörter eingeführt. Zentrale Begriffe werden wir zukünftig in einfacher Sprache erklären und noch mehr Raum für Wiederholungen einplanen.

### **7 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?**

Wir nehmen mit, dass wir trotz vieler positiver Erfahrung und einem insgesamt gelungenen Projekt auch noch viele Fragen und Unsicherheiten haben. Ein wichtiges Learning aus außerschulischer Perspektive ist hier die sehr angenehme und unterstützende Zusammenarbeit mit den schulischen Kolleg\*innen. Unabhängig davon wollen wir uns auch von anderen externen Expert\*innen für inklusive Pädagogik in der Entwicklung und Überarbeitung von Methoden beraten lassen. Darüber hinaus bieten wir unserem Team von freien Bildungsreferent\*innen eine Weiterbildung zum Thema Inklusion an. Außerdem sind wir dabei, zu reflektieren, welche Kompetenzen und Perspektiven uns aktuell im Team fehlen, um noch bessere inklusive Workshoparbeit leisten zu können.

**8 Was bleibt Ihnen in Erinnerung?  
Gab es besondere Momente,  
an die Sie gerne zurückdenken?**

In Erinnerung bleibt uns der sehr rücksichtsvolle und wertschätzende Umgang der Schüler\*innen miteinander. Das gegenseitige Zuhören und Unterstützen bei körperlichen Herausforderungen während der kreativen Arbeitsphasen waren sehr besonders. Ein sehr schönes Moment war, als sich ein Schüler ganz klar mit dem Satz positioniert hat: „Es gibt niemanden, der nicht normal ist. Alle Menschen sind normal!“ Sehr motivierend war zudem die Rückmeldung einer Schülerin in Rahmen eines Nachgesprächs in der Schule. Die Klasse hatte sich zuvor in einem weiteren Projekt mit dem Thema Rassismus beschäftigt. „Da habe ich direkt an euch gedacht. Ich habe das von euch so alles gelernt. Ich habe viel über Vorurteile gelernt.“

**9 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?**

Inklusive politische Bildung kann aus unserer Sicht entscheidend durch eine bessere personelle Besetzung der Workshops gestärkt werden. Die Bildungsreferent\*innen können in der Arbeit mit kleineren Gruppen oder durch Doppelbesetzungen besser auf die vielfältigen Bedürfnisse der Teilnehmer\*innen eingehen und Personen bei Bedarf individuell

betreuen. Das Kennenlernen der Gruppen vorab im Rahmen von Hospitationen in Schulen haben wir ebenfalls als sehr bereichernd erlebt. Dies stärkt zugleich die Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Pädagog\*innen und erschließt dadurch ebenfalls Ressourcen für die Workshop-Durchführung. Workshopkonzepte und Methoden konnten in der Folge noch besser auf die Interessen und Möglichkeiten der Gruppen angepasst werden. Für Gruppen mit Schüler\*innen mit körperlichen Einschränkungen kann das Bereitstellen von Fahrdiensten ein wichtiger Schlüssel für eine unkomplizierte Anreise sein.

**KONTAKT:**

Lernort 7xjung – Der Lernort von Gesicht Zeigen!

Flensburger Straße 3  
S-Bahn-Bögen 416-422  
10557 Berlin

☎ (030) 30 30 808-25

✉ [ausstellung@gesichtzeigen.de](mailto:ausstellung@gesichtzeigen.de)

# BIDIGI E. V. AN DER FINKENKRUGSCHULE

**AUTOR:** Fabian Eckert

**SCHULART:** Schule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“

---

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

Der Bidigi – Verein zur Förderung partizipativer Bildung und Digitalisierung e.V. entwickelt mit Kooperationspartner\*innen historisch-politische Bildungsprojekte rund um Inklusion, digitale Bildung und Partizipation. Die Projekte werden gemeinsam mit den Zielgruppen entwickelt. Zielgruppen sind Schüler\*innen mit einem Schwerpunkt auf sozioökonomische Benachteiligung oder aus dem Förderschulkontext sowie deren Lehrpersonen/Multiplikator\*innen im Bereich des Demokratie- und Geschichtslernens.

## 2 Was waren die Ziele des durchgeführten Projekts?

1.) Zusammen mit Lehrenden und Schüler\*innen der Finkenkrugschule entwickelten wir von 01.04.2023 bis 30.11.2023 ein inklusives geschichtlich-politisches Lernformat, das zunächst von der Partnerschule übernommen wurde. Lehrkräfte planten das inklusive Lernformat zu nutzen und es weiterzuentwickeln. (Der Indikator: Die Partnerschule übernimmt das Lernformat in ihr Curriculum).

2.) Eine neue Zielgruppe wurde erschlossen: Die Schüler\*innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung bereichern die Diskussion zu „Protesten und Widerstand“ um neue Perspektiven und entwickeln das Projekt gemeinsam mit den Lehrenden (die Schüler\*innen und ihre eigene Perspektive auf die Diskussion werden vermehrt in der Schul-Öffentlichkeit wahrgenommen).

3.) Evaluation und Übertragbarkeit: Das Projekt war bewusst explorativ ausgelegt. Es ging zunächst darum, Erkenntnisse im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zu generieren. Nach einer Evaluation können die Ergebnisse in einer nächsten Förderphase durch weitere Förderinstitutionen auf reguläre Schulen übertragen werden. Das Projekt ist evaluiert (mithilfe einer standardisierten quantitativen Online-Befragung) und die Ergebnisse sind festgehalten.

Lehrangeboten kaum Lernerfahrungen ziehen. So fehlt ihnen der Zugang zum kollektiven Gedächtnis der Gesamtgesellschaft sowie die Möglichkeit, über die geschichtliche Auseinandersetzung demokratische Werte vermittelt zu bekommen. Der gesellschaftlichen Diskussion hingegen fehlt die wichtige Perspektive von Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen. Das Spezifische liegt für uns in der niedrigschwelligen Zugänglichkeit komplexer Themen.

### 3 Was war das spezifisch politisch Bildende an Ihrem Projekt?

An regulären Schulen wird Demokratiegeschichte im Geschichts- oder Politikunterricht behandelt. Es wird nebenbei über Mut, Zivilcourage und Widerstand gesprochen und die Schüler\*innen bekommen nicht nur Zugang zum kollektiven Gedächtnis, sondern auch wesentliche Werte wie Demokratieverständnis und Mitbestimmung vermittelt. Dies gilt allerdings nur für Schüler\*innen, die die zumeist kognitiv-sprachlichen Inhalte auch verarbeiten können. Schüler\*innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung können aus diesen



Screenshot: Bidigi e. V.

#### 4 Konnten Sie Ihre Ziele gut umsetzen?

In der ersten Phase unseres Design-Thinking-Prozesses tauschten wir uns mit den Lehrpersonen an der Finkenkrugschule aus und erfuhren viel über die pädagogische Arbeit mit den Jugendlichen. Dort wurde uns auch bestätigt, dass demokratisches und historisches Lernen nur wenig Platz im Unterricht hat, da die Materialien hierzu oft nicht verständlich genug sind. Im direkten Kontakt mit den Schüler\*innen (2. Phase: Beobachten – Empathie aufbauen) wurde schnell klar, dass wir uns dem Thema noch niedrigschwelliger nähern müssen und den Themenkomplex „Demokratiegeschichte“ auf ein konkretes Beispiel herunterbrechen müssen – Diskriminierung. Es ging darum, den Begriff Diskriminierung zu verstehen und einen Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen, die selbst häufig von Diskriminierung betroffen sind, herzustellen (Phase 3: Problem aufdecken). Daher haben wir uns bei der Entwicklung von konkreten Handlungsstrategien (Phase 4: Ideen generieren) dafür entschieden, uns mit Diskriminierungserfahrungen der Zielgruppe zu befassen und daraus allgemeine Inhalte zum Thema abzuleiten (Formen von Diskriminierung, Gesetze gegen Diskriminierung, Handlungsmöglichkeiten für Betroffene und Verbündete, etc.). Diese Erkenntnisse flossen in die Entwicklung von Inhalten für eine Lernplattform ein (Phase 5: Prototypen entwerfen). Dabei legten wir Wert auf einfache Sprache, kurze Texte, leicht verständliche Beispiele, Abwechslung (Quizfragen, Videos, Bilder, etc.).

Das Team von Bidigi hat die Inhalte in der Lern-App „disco“ umgesetzt, damit sie auch zukünftig von den beteiligten Jugendlichen sowie der interessierten Öffentlichkeit genutzt werden können (Apple: [https://bit.ly/Disco\\_Apple](https://bit.ly/Disco_Apple) und Android: [https://bit.ly/Disco\\_PlayStore](https://bit.ly/Disco_PlayStore)). Im Rahmen des Evaluationsprozesses haben die Jugendlichen die Inhalte auf der Lern-App getestet und Feedback gegeben, welches in die weitere Entwicklung einfließt (Phase 6: Testen und Nachjustieren). Die Lehrkräfte der Finkenkrugschule möchten das Lernangebot auch für die zukünftige Arbeit mit ihren Schüler\*innen nutzen. Eine der wichtigsten Erkenntnisse war, dass die Schüler\*innen auch eigene Vorurteile, diskriminierende Verhaltensweisen und auch antisemitische Tendenzen aufzeigten. Daher sollte die Arbeit mit der Zielgruppe fortgesetzt und um neue Themen erweitert werden.

#### 5 Wie haben Sie auf die besonderen Bedarfe der Schüler\*innen reagiert?

Der Ansatz des Design-Thinking bietet sich für die besonderen Bedarfe an, da über die unterschiedlichen Phasen Beziehungen aufgebaut werden können, Beobachtungen und Reflexionen stattfinden. Die Herausforderung für unser Team war, dass die Gruppe sehr heterogen war. Der Ansatz des Design-Thinking war hierbei aber sehr gewinnbringend.

## 6 Was würden Sie nächstes Mal anders machen?

- Mehr Zeit für Tests mit unterschiedlichen Lerngruppen
- Wünschenswert wären längere Laufzeiten und bessere Finanzierungsmöglichkeiten, um mehr Impact zu erzielen und mehr Themen entwickeln zu können.

## 7 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?

Der Zielgruppe Jugendlicher mit Förderbedarf geistige Entwicklung fällt Abstraktion schwer, daher möchten wir auch in Zukunft mit ganz konkreten Gegenständen arbeiten.

Über persönliche Erfahrungen können niedrigschwellige Zugänge geschaffen werden, zum Beispiel zum Thema Antisemitismus, das häufig sehr abstrakt in den Medien behandelt wird. Dazu könnte bspw. mit der Organisation „Meet a Jew“ zusammengearbeitet werden, die es ermöglicht, Jüd\*innen zu treffen und ihre Geschichte zu hören.

Darüber hinaus sollen in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus weitere Beispiele gesammelt werden (historisch und aktuell), die Ausgrenzung und Verfolgung von Jüd\*innen erfahrbar machen.

## 8 Was bleibt Ihnen in Erinnerung? Gab es besondere Momente, an die Sie gerne zurückdenken?

Besonders war, dass die Schüler\*innen es als eine sehr hohe Wertschätzung empfinden haben, an einem Bildungsprojekt partizipieren zu können.

## 9 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?

- Bessere Ausbildung von Lehrkräften
- Mehr Verzahnung von Trägern und Unis
- Evaluation
- Bessere und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten für freie Träger

### KONTAKT

Bidigi e.V.

Fabian Eckert

+49 176 61743661

fabian.eckert@bidigi.de

# STUDIERENDE DER FU BERLIN IN KOOPERATION MIT DER BILDUNGSSTÄTTE KURT LÖWENSTEIN AN DER FINKENKRUG-SCHULE

**AUTOR\*INNEN:** Helene Helleckes, Jakob Reinhold, Phillip Gerdau

**SCHULART:** Schule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“

**JAHRGANGSSTUFE:** 8

**ANZAHL TEILNEHMER\*INNEN:** 7

## 1 Beschreiben Sie kurz den Hintergrund des Projekts.

Unser Projekt wurde im Rahmen des universitären Seminars „Politische Bildungsarbeit“ bei Frau Prof. Dr. Achour an der FU Berlin durchgeführt.

## 2 Was waren die Ziele des durchgeführten Projekts?

Ziel war, den Schüler\*innen Partizipation als das Mitwirken an Entscheidungen und so Einflussnahme auf Ergebnisse in der Demokratie als auch in ihrem Alltag nahezubringen. Alle Schüler\*innen sollten lernen, wie man am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich in soziale und politische Prozesse einbringen kann. Zudem sollte der Workshop die Schüler\*innen dazu animieren, sich im Nachgang eigenständig mit dem Thema Demokratie (praktisch) auseinanderzusetzen.

**3 Was war das spezifisch politisch Bildende an Ihrem Projekt?**

Die Schüler\*innen lernten Mitbestimmungsmöglichkeiten und -rechte in einer Demokratie kennen. So wurden sie für Grundrechte und deren Verletzung auch im näheren Umfeld sensibilisiert und ihnen wurde aufgezeigt, dass sie selbst wichtiger Bestandteil der Demokratie sind. So bekamen die Schüler\*innen einen Einblick, wie sie selbst aktiv werden können, sie lernten die Vielfalt von Meinungen kennen und bauten für diese Empathie auf.

**4 Konnten Sie Ihre Ziele gut umsetzen?**

Zwar konnte mit dem Workshop das verfolgte Ziel erreicht werden, den Schüler\*innen Partizipation als Mitwirken an Entscheidungen zu vermitteln und ihnen damit die individuelle Bedeutung sowohl für demokratische Entscheidungsprozesse als auch ihre eigene Lebenswelt vor Augen zu führen. Dies ist aber womöglich nur im pädagogischen Rahmen geglückt.

**5 Wie haben Sie auf die besonderen Bedarfe der Schüler\*innen reagiert?**

Grundsätzlich wurde eine Kombination aus handlungsorientierten, fallorientierten sowie kooperativen Methoden genutzt, um den Jugendlichen mit unterschiedlichen Schreib-, Lese- und Sprachfähigkeiten gerecht zu werden. Zentral war hierfür die Bereitstellung von inklusiven Bildungsmaterialien und -medien, um die sprachliche Komplexität von politischen Inhalten zu reduzieren. Über allem stand die Prämisse, als Workshopleitende die Rolle einer „Advokatorischen Assistenz“, also von Dolmetscher\*innen und nicht von Stellvertreter\*innen, einzunehmen.

Foto: Bernd Wannenmacher



Eine besondere Herausforderung stellte die Einbindung zweier Schüler dar, die aufgrund sprachlicher Einschränkungen kaum direkt eingebunden werden konnten. Die Lösung stellte hier eine temporäre 1:1 „Betreuung“ dar, die wir jedoch auch retrospektiv nicht als ideal betrachten.

### **6 Was würden Sie nächstes Mal anders machen?**

Mehr Pausen, eine Hospitation im Vorfeld sowie weitere spielerisch-energetisierende Spiele („Energizer“), um die Beziehungsebene zu den Schüler\*innen aufzubauen, aber auch auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden besser eingehen zu können.

### **7 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?**

Dem Ansatz „weniger ist mehr“ größeres Vertrauen zu schenken und gerade im inklusiven Bildungsbereich stärker Prioritäten auf wenige Inhalte zu setzen, anstatt sich auf im theoretischen Rahmen konzipierte Ablaufpläne zu verkrampfen. Alles in allem haben wir gelernt, flexibler

zu sein, uns auf Eventualitäten einzustellen und unseren Fähigkeiten zu vertrauen. Besonders zu betonen ist zudem, dass den Workshoptag vor allem die vielen kleinen Interaktionen mit den Schüler\*innen zwischen den Einheiten ausgezeichnet haben, egal, ob bei Gesprächen am Esstisch zum Lieblingsfußballverein oder im Rahmen einer Pause zu den Wochenendplänen. Hier hat man Individualitäten kennengelernt, Gemeinsamkeiten entdeckt und Inklusion gelebt.

### **8 Was bleibt Ihnen in Erinnerung? Gab es besondere Momente, an die Sie gerne zurückdenken?**

Am Workshoptag gab es einen kurzen Konfliktmoment. Ein Teil der Schüler\*innen fühlte sich durch ihre Schulsituation diskriminiert und ausgegrenzt, reproduzierte diese Diskriminierung und Marginalisierung gegenüber den weniger verbalen Schüler\*innen aber. Die unterschiedlichen Positionen spiegelten die gesellschaftliche Kontroverse wider. Durch den Verweis auf zuvor erlernte Regeln zur Diskussionskultur konnte der Unterschied zwischen Meinungsverschiedenheiten und verletzenden, diskriminierenden Aussagen herausgearbeitet werden. Dahinter steckte die allgemeine Problemlage des ableistischen Ausschlusses im Schulsystem. Ein besonders wertvolles Ergebnis in

diesem Kontext war, dass die Schüler\*innen später eine Vorstellung von einer Schule für alle entwickelten, in der niemand ausgegrenzt und als anders markiert wird. Hier entwickelte sich ein positives Verständnis von Inklusion in der Gruppe, dass sowohl alle Schüler\*innen im Klassenraum als auch das Umfeld einschloss: ein Schulsystem, das nicht zwischen Schüler\*innen differenziert, sondern alle gemeinsam, aber entsprechend ihrer Lernstände und Fähigkeiten beschult. An diesen Moment denke ich gerne zurück.

## KONTAKT

Freie Universität Berlin

Hagen Schmitz

✉ [hagen.schmitz@fu-berlin.de](mailto:hagen.schmitz@fu-berlin.de)

Joanna Bedersdorfer

✉ [j.bedersdorfer@fu-berlin.de](mailto:j.bedersdorfer@fu-berlin.de)

### 9 **Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?**

Aus unserer studentischen Perspektive kann eine inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden, indem im universitären Umfeld mehr Möglichkeiten geschaffen werden, in jenem Bereich aktiv zu werden. Das kann durch entsprechende Kurse, aber auch Angebote außerhalb des Lehrplans geschaffen werden. Hierzu braucht es universitäre, aber auch schulische Strukturen, die es jungen Menschen zulassen, sich auszuprobieren und Fehler zu machen. Daher sind wir umso dankbarer, dass wir genau das machen konnten, auch wenn wir keine professionellen politischen Bilder\*innen sind.

# LIFE BILDUNG UMWELT CHANCENGLEICHHEIT E.V. UND DIE COMENIUS-SCHULE

**AUTORIN:** Ilona Jäger

**SCHULART:** Lerngruppe für Schüler\*innen mit Förderschwerpunkt Lernen

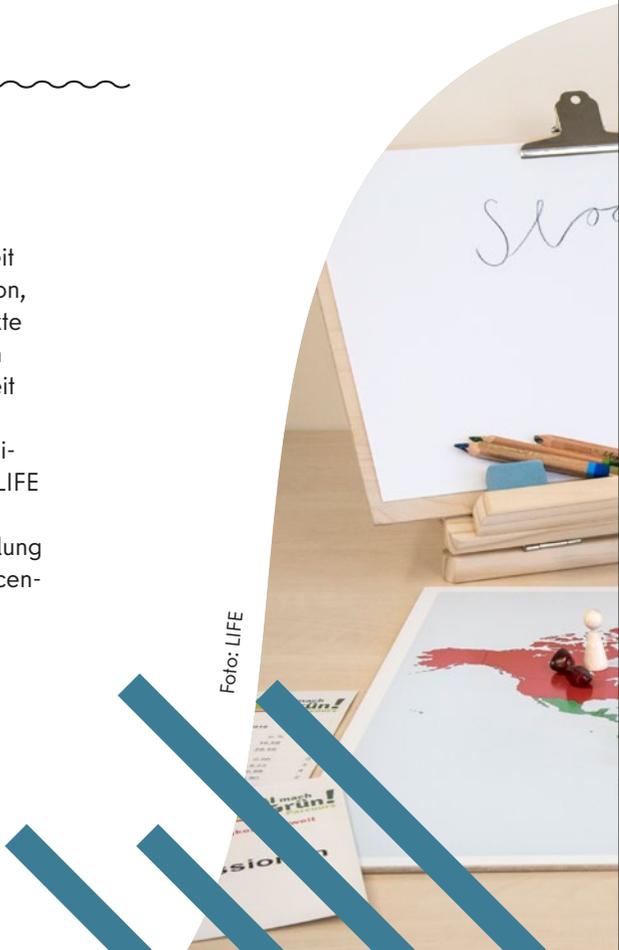
**JAHRGANGSSTUFE:** 9

**ANZAHL TEILNEHMER\*INNEN:** 10

## **1** Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V. ist eine gemeinnützige Organisation, die seit über 30 Jahren (Modell-)Projekte und Kampagnen in den Themenfeldern Bildung, Umwelt und Chancengleichheit entwickelt und umsetzt. Sie ist lokal-regional, bundesweit sowie auf europäischer und internationaler Ebene tätig. LIFE e.V. setzt sich für Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und Nachhaltige Entwicklung ein und engagiert sich dabei für Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Foto: LIFE



## 2 Was waren die Ziele des durchgeführten Projekts?

Ziel der berufsorientierenden Praxistage ist eine Bestärkung der Jugendlichen in ihrem Selbstkonzept im handwerklichen bzw. gewerblich-technischen und weiteren Bereichen. Die begleitende Anleitung erfolgt inspirierend und informierend, fokussiert auf die Stärken der Schülerinnen und Schüler.

## 3 Was war das spezifisch politische Bildende an Ihrem Projekt?

Wir begleiten die Lernenden und stellen Erfahrungsräume zur Verfügung, in denen sie problemlösungsorientiert und projektbezogen arbeiten können. Die einzelnen Teilnehmenden können sich mit ihren Erfahrungen, ihren Biografien, ihren



Lernbedürfnissen wertgeschätzt fühlen und können sich einbringen. Die Kooperation wird gefördert und die Gruppendynamik als Teil des Lernprozesses wahr- und ernst genommen. Die äußere Realität, unter denen Lernen stattfindet, wird dabei nicht ausgeblendet. In der Form bedeutet Lernen Teilhabe.

#### **4 Konnten Sie Ihre Ziele gut umsetzen?**

Wir konnten unsere Ziele gut umsetzen, weil die Gruppen klein waren und die Lernbegleitung gut unterstützt hat.

#### **5 Wie haben Sie auf die besonderen Bedarfe der Schüler\*innen reagiert?**

Wir haben bei der Auswahl der Parcours-Stationen auf die Bedarfe der Schüler\*innen geachtet – beispielsweise keine Stationen genommen, wo zu viele theoretische Vorinformationen notwendig waren oder die Anleitungen zu lange.

#### **6 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?**

Auch in einer Gruppe von Schüler\*innen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten kommt ein Stationenlernen mit hohem Praxisanteil gut an. Dabei unterstützen sich die Jugendlichen gegenseitig. Beim praktischen Lernen mit Berufsbezug können sie selbst ihre eigenen Fähigkeiten entdecken.

#### **7 Was bleibt Ihnen in Erinnerung? Gab es besondere Momente, an die Sie gerne zurückdenken?**

Das Feedback der Schüler\*innen [bleibt], dass sie aus den Praxistagen Ideen für ihr Praktikum ziehen konnten und andere sich in ihren schon vorhandenen Ideen bestärkt fühlten.

**8 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?**

Förderinstrumente sollten lange Laufzeiten haben und von den Ressourcen her gut ausgestattet sein.



**KONTAKT**

LIFE – Bildung Umwelt  
Chancengleichheit e.V.

Ilona Jäger | Übergang Schule – Beruf

Werkstattleiterin | Ökothek | Girlsday  
Akademie | Enter Technik

Rheinstraße 45  
12161 Berlin

 (030) 308798-23

 jaeger@life-online.de

 [www.life-online.de](http://www.life-online.de)

# KREUZBERGER INITIATIVE GEGEN ANTISEMITISMUS (KIGA) AN DER KEPLER-SCHULE

**AUTORIN:** Désirée Galert

**SCHULART:** Integrierte Sekundarschule mit besonderen strukturellen Herausforderungen

**JAHRGANGSSTUFE:** 10

**ANZAHL TEILNEHMER\*INNEN:** ca. 25

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus - KIGA e.V. bietet umfassendes Fachwissen im Bereich der politischen Bildung für die Migrationsgesellschaft als Ganzes. Aus seinem Kreuzberger Büro heraus arbeitet das vielfältige und diverse Team interdisziplinär und bietet im gesamten Bundesgebiet Lösungs- und Schulungsansätze für hochkomplexe Themen wie Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, den „Nahostkonflikt“ und Radikalisierungsprävention.

Konstant werden Multiplikator\*innen qualifiziert und Interessierte aus Bildung, Politik und Zivilgesellschaft beraten. Mit der 2018 gegründeten Praxisstelle Bildung und Beratung kommt in Kooperation mit dem Berliner Senat eine zentrale Anlaufstelle für Schulen hinzu.

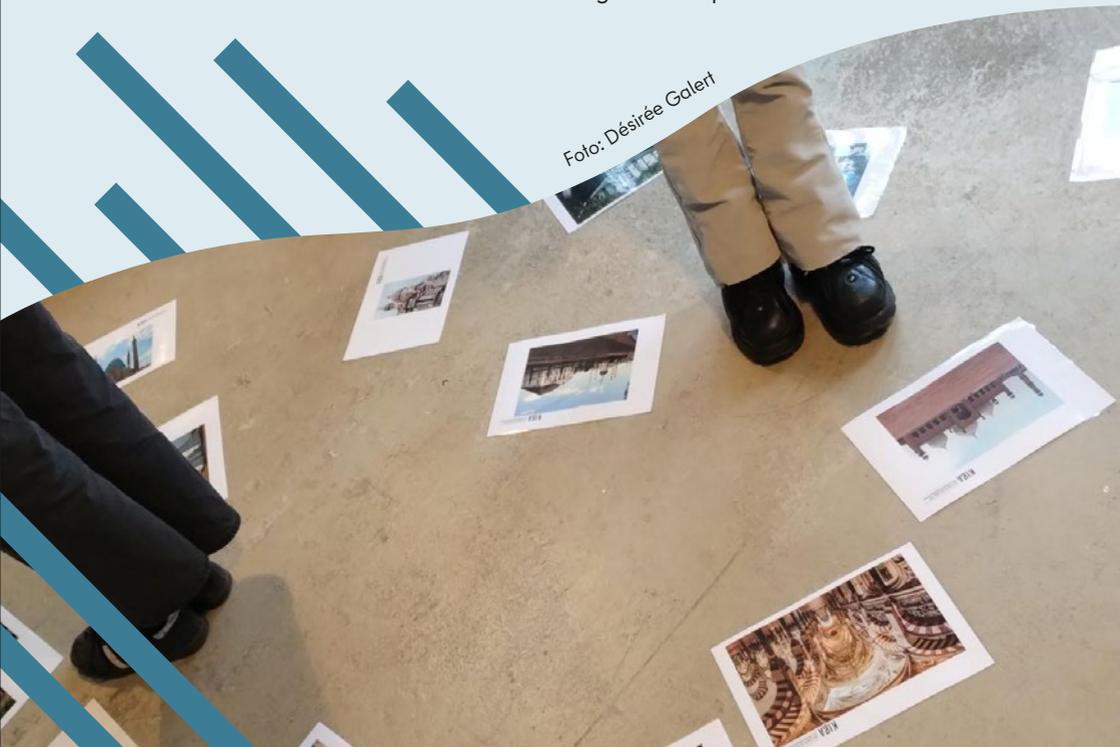
## 2 Was waren die Ziele des durchgeführten Projekts?

Die Kernaufgaben der Praxisstelle Bildung und Beratung ist die Konzeption und Durchführung von Fortbildungen für Lehrkräfte und Projekttag für Schüler\*innen, die für Berliner Schulen kostenfrei sind, sowie diversen Schulpaketen oder die Entwicklung langfristiger Konzepte zur Antisemitismusprävention. Ziele der diskriminierungskritischen Antisemitismusprävention der KlGA sind u.a. die Sensibilisierung der Zielgruppen für Erscheinungsformen von Antisemitismus und anderen Formen von Ausgrenzung, Wissensvermittlung zur Geschichte des „Nahostkonflikts“ oder Argumentationstrainings gegen verschwörungsideologisches Denken.

## 3 Was war das spezifisch politische Bildende an Ihrem Projekt?

Die spezifischen Zielgruppen werden angeregt, sich selbstreflexiv mit bestimmten Sachverhalten und Phänomenen zu beschäftigen und z. B. zu fragen: Wie solidarisch bin ich? Aus welcher Perspektive agiere ich und welche habe ich womöglich nicht miteinbezogen? Hierbei ist der Bezug zur eigenen Lebenswelt innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft notwendig, um daraus Handlungsoptionen für ein demokratisches Miteinander zu entwickeln. Auch die Förderung von Widerspruchstoleranz ist ein zentrales Ziel der politischen Bildung der KlGA, wie z. B. das Wahrnehmen- und Aushalten-Können von komplexen Sachverhalten und Meinungen, die nicht meiner eigenen entsprechen.

Foto: Désirée Galert



#### **4 Konnten Sie Ihre Ziele gut umsetzen?**

Die Arbeit mit der Zielgruppe des Projektes konnte trotz spezifischer Bedarfe gut umgesetzt werden. Ziele des Projekttages waren die Vermittlung eines multiperspektivischen Blickes auf das Thema „Nahostkonflikt“ seit der Staatsgründung Israels und die Verknüpfung mit diversen Lebensrealitäten in Deutschland als wichtiger Bestandteil unserer heutigen Gesellschaft. Dafür wurde ein Zeitstrahl mit unterschiedlichen Aspekten der Konfliktgeschichte erarbeitet, der neben wichtigen Ereignissen auf politischer Ebene den Fokus auch auf Friedensbemühungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene legt, um das Narrativ zu entkräften, zwischen Jüd\*innen/Israelis und Palästinenser\*innen/Muslim\*innen könne es nie Frieden geben.

#### **5 Wie haben Sie auf die besonderen Bedarfe der Schüler\*innen reagiert?**

Die Zielgruppe hatte aufgrund ihrer spezifischen Bedarfe zeitweise Schwierigkeiten, sich für eine längere Zeitspanne zu konzentrieren. Daher wurde die Kennenlernrunde ausgedehnt, sodass sich die Schüler\*innen behutsamer auf das eigentliche Thema einstellen konnten und sich das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und den Workshopleitenden intensivieren konnte.

Da das Lesen von Texten der Zielgruppe nicht leicht fiel, wurde im weiteren Verlauf ein Gallery Walk mit Bildern zum Thema „Was hat der „Nahostkonflikt“ mit mir zu tun?“ durchgeführt, der gut ankam. Hierbei konnten die Schüler\*innen sich der Thematik über Assoziationen und Emotionen nähern und gemeinsam darüber in den Austausch gehen.

#### **6 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?**

Die Arbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen ist jedes Mal aufs Neue spannend und bereichernd. Sie bringen neue Aspekte ein, teilen spezifische Erfahrungen aus ihrem Alltag, z. B. auch von erlebter Diskriminierung, oder geben einen Einblick in ihre Lebensrealität wie familiäre Verknüpfungen zum Thema „Nahostkonflikt“ oder die Nutzung neuer Medien, die in einem Bildungskontext noch nicht ausreichend miteinbezogen werden, um insbesondere jüngere Zielgruppen noch besser erreichen zu können.

**7 Was bleibt Ihnen in Erinnerung?  
Gab es besondere Momente,  
an die Sie gerne zurückdenken?**

Bestimmte Zielgruppen werden oft auf eine bestimmte Weise markiert, die den Blick auf ihr Potential versperren. Dabei sind gerade junge Menschen mit noch offenen Weltbildern emphatisch, interessiert und stellen viele wichtige Fragen. Bringen sie dann noch diverse Perspektiven ein, die in der Regel kaum Beachtung finden, bereichert das die Diskussion in der Gruppe enorm. Zudem wertschätzen es die Schüler\*innen, wenn man sie als wichtiger Teil in einer heterogenen und sich stetig wandelnden Gesellschaft aktiv zur Beteiligung auffordert und ihre Ängste, Meinungen und Ansichten wahr- und ernst nimmt.

Bildungsinhalte werden, sodass sich Menschen darin mit ihrer Lebensrealität wiederfinden, die dadurch Anerkennung erfährt. Ebenso braucht es das Aufzeigen von realen Teilhabemöglichkeiten in einer Gesellschaft und eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit blinden Flecken, die Diskriminierung und Ausgrenzung begünstigen.

**KONTAKT**

KIgA e.V. (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus)

Désirée Galert

✉ [praxisstelle@kiga-berlin.org](mailto:praxisstelle@kiga-berlin.org)

**8 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?**

Der Großraum Schule muss perspektivisch besser auf unterschiedliche Lebensrealitäten in einer Gesellschaft vorbereitet sein. Das bedeutet z. B., sich stärker mit Trägern der außerschulischen Bildung zu vernetzen, was die Bereitstellung und Durchführung spezifischer Angebote zu Antisemitismus oder antimuslimischen Rassismus angeht. Das bezieht die Zielgruppe Schüler\*innen mit ein, aber auch Lehrkräfte. Multiperspektivität muss ein normaler Bestandteil aller



# MEHR ALS LERNEN AN DER CHARLOTTE-PFEFFER-SCHULE

**AUTOR:** Robert Mühling

**SCHULART:** Schule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“

---

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

Die gemeinnützige Bildungsinitiative **mehr als lernen** setzt sich seit 2005 für Schulentwicklung, politische Bildung, Zukunftsorientierung, die Steigerung sozialer Kompetenzen und die Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte ein. Bildung ist die Grundlage für eine gelungene Zukunft – davon sind wir überzeugt. Mit unseren kompetenzorientierten und methodisch abwechslungsreichen Bildungsangeboten unterstützen wir junge Menschen dabei, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und Verantwortung für eine demokratische und friedliche Gesellschaft zu übernehmen. Zudem fördern wir Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

## 2 Welches Projekt im Rahmen des Programms „Politische Bildung mit allen“ setzen Sie gerade um?

Im Rahmen des Programms begleiten wir die Schülervertretung der Charlotte-Pfeffer-Schule seit dem Herbst 2023 mit wöchentlichem pädagogischem Programm von einer Doppelstunde. Die wöchentlichen Sitzungen der Schülervertretung werden von unseren Seminarleitungen begleitet. Die Teilnehmenden haben die derzeitige Situation ihrer Schule analysiert. In einer Bestandsaufnahme sammelten sie Gelungenes und Kritisches. Auf Grundlage der Bestandsaufnahme ihrer Schule und inspiriert durch neu vermitteltes Wissen über ihre Mitbestimmungsrechte formulierte die Schülervertretung einen Soll-Zustand. Die Jugendlichen entwickelten Zielvorstellungen und kreative Lösungsvorschläge für eine gelungene Schule. Wir regten dazu an, auch über den Tellerrand zu blicken und



Sitzung in enger Kooperation mit den begleitenden Lehrkräften der Schülervertretung vor. Die begleitenden Lehrkräfte und teils auch die Schulsozialarbeiterinnen nehmen ebenfalls an den Sitzungen der Schülervertretung teil. Unsere Methoden müssen ständig an die Zielgruppe angepasst werden. Z. B. wurden für die Bestandsaufnahme des Schulalltags die Stundenplan-Kärtchen genutzt, die die Schüler\*innen kennen. So konnten sie darüber ins Gespräch kommen, was ihnen im Alltag gut gefällt und was verändert werden soll.

Daraus entstehen Projektideen, an denen die Schülervertreter\*innen selbst arbeiten. Hilfsmittel sind z. B. Metacom-Piktogramme zur Visualisierung, die die Schule nutzt und uns zur Verfügung gestellt hat.

Besondere Herausforderungen für die Seminarleitungen waren die folgenden:

- die Nutzung von einfacher Sprache, insbesondere um Konstrukte wie die schulischen Gremien (Fachkonferenzen, etc.) und Begriffe der Demokratiebildung (z. B. Umfragen, Repräsentation, Mehrheitsentscheidungen) zu erklären.
- Bei der Projektgruppenarbeit in Kleingruppen ist die heterogene Leistungsfähigkeit (Konzentrationsfähigkeit) innerhalb der Gruppen manchmal eine Herausforderung. Dafür wurde z. B. ein Pausentisch eingerichtet.

- Schüler\*innen können zum Teil ihre Bedürfnisse nicht von alleine verbal äußern. Hier benötigt es ein hohes Maß an Empathie der Seminarleitungen und Geduld beim Erfragen der Bedürfnisse. Hierbei ist die Unterstützung der begleitenden Lehrkräfte von großem Vorteil, die die Schüler\*innen besser kennen.

#### **4 Was würden Sie nächstes Mal anders machen?**

Nach einem Evaluationsgespräch wurde das Projekt für ein weiteres Halbjahr verlängert. In unserer Auswertung wurden folgende Veränderungen für die weitere Arbeit geplant:

- Es werden immer Piktogramme zur Unterstützung der Kommunikation genutzt.
- Die Lehrkräfte erhalten unseren Ablaufplan vor der Sitzung und geben im Vorfeld sonderpädagogische Hinweise für die Durchführung mit.

#### **5 Was nehmen Sie mit in Ihre zukünftige Arbeit?**

Politische Bildung und die Begleitung von Schülervertretung mit Schüler\*innen mit Förderbedarf geistige Entwicklung funktioniert. Eine Voraussetzung dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit den

begleitenden Lehrkräften, um sonderpädagogische Hinweise zu erhalten und auch um Einblicke in den Schulalltag zu bekommen und die Äußerungen der Schüler\*innen in diesem Kontext zu verstehen. Förderschulen funktionieren anders als Regelschulen, deshalb muss die Begleitung langfristig von den gleichen Personen umgesetzt werden, die die Schule schrittweise kennenlernen.

### 6 Was bleibt Ihnen in Erinnerung? Gab es besondere Momente, an die Sie gerne zurückdenken?

Die Schülervertreter\*innen führten eine schulweite Umfrage in allen Klassen durch, um ihre Wünsche zu priorisieren und zu entscheiden, an welchen Wünschen sie zuerst arbeiten wollen. So bekamen sie ein Verständnis für die Rolle als Vertreter\*innen und die Arbeit der Schülervertretung wurde in der Schulgemeinschaft sichtbar.

### 7 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?

— Es braucht ein stärkeres Bewusstsein seitens der Schulleitungen, Lehrkräfte und sonstigem pädagogischem Personal sowie bildungspolitischen Entscheider\*innen für die Institution „Schülervertretung“ und deren Beteiligungsrechte. Zum Beispiel wird

an der Charlotte-Pfeffer-Schule gerade ein neuer Schulhof gebaut. Die Schüler\*innen werden aber hierbei bisher gar nicht mit einbezogen.

- Die Arbeit mit Jugendlichen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten benötigt die dafür notwendigen Ressourcen und Personal. Gelingensbedingung für eine demokratische Beteiligung von Jugendlichen in Schule ist eine langfristige Begleitung, die auch systemisch die Bildung von Beteiligungsstrukturen und einer Schulkultur ermöglicht, die demokratische Beteiligung von Jugendlichen mit Leben füllt. Der Verfügungsfonds für die Schulen ist dafür nicht ausreichend umfangreich.

#### KONTAKT

mehr als lernen e.V.

Wattstraße 11  
13355 Berlin

☎ (030) 25095844

✉ [rm@mehralslernen.org](mailto:rm@mehralslernen.org)



# BETEILIGUNGSFÜCHSE UND DIE PETER-FRANKENFELD-SCHULE

**AUTOR\*INNEN:** Matthias Scharlipp und Armin Scheffler

**SCHULART:** Schule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“

---

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

Beteiligungsfüchse gGmbH ist ein freier Träger der Jugendhilfe, der mit seiner gemeinnützigen Arbeit junge Menschen aktiviert und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen zugänglich macht. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Bereiche „Demokratiepädagogik“ und „Gewaltprävention“ auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenkonvention. Durch unsere Arbeit werden jungen Menschen grundlegende Kenntnisse über demokratische Methoden, Prozesse und Kompetenzen vermittelt und sie zudem bei der Anerkennung eigener moralischer Gefühle und Ideale, wie bspw. ihrem Gerechtigkeitsempfinden und Gemeinschaftssinn, gestärkt.

Dazu gehört die Implementierung der demokratiepädagogischen „Klassenräte“ „Schüler\*innenparlamente“ und dem „Lernen durch Engagement (Service Learning)“, aber auch die Prävention und Intervention bei Mobbing und anderen Formen der Belästigung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Wir erproben neue Partizipationsformate, stärken Peerhelfer\*innen in ihren demokratischen, ethischen und kommunikativen Kompetenzen und setzen uns für echte Partizipation ein.

**2 Welches Projekt im Rahmen von „Politische Bildung mit allen“ setzen Sie gerade um?**

Angestoßen durch die LpB Berlin führen wir erstmals das Konzept „Lernen durch Engagement (LdE)“ in einem Förderzentrum für „Geistige Entwicklung“ ein, der Peter-Frankenfeld-Schule. Mit einer kleinen Gruppe von 7 Schüler\*innen der Abschlussstufe ist es hierbei möglich, LdE auf die individuellen Voraussetzungen, Bedürfnisse und Interessen der teilnehmenden Schüler\*innen abzustimmen und sie bestmöglich - im Sinne einer gezielten Förderung demokratischer (Teil-)

Kompetenzen - zu stärken. Dabei arbeiten unsere LdE-Schulbegleiter\*innen vertrauensvoll mit dem Team der Schule, bestehend aus Sonderpädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen, zusammen. Im Oktober 2023 wurden vom BeFu-Team die Fortbildung der beteiligten Fachkräfte und die beiden Grundtagstage für die teilnehmenden Schüler\*innen erfolgreich

Foto: Beteiligungsfürche gGmbH Berlin



Beitragungsmöglichkeit und Bewegung



Spandauer Sommer



Natur und Umweltbewusstsein



Erkrankung und Gesundheit



abgeschlossen. Im Anschluss an die Grundtagung ging die Schüler\*innen-Gruppe zunächst eine Kooperation mit einer Ausgabestelle der Berliner Tafel e.V. in Neukölln (Gropiusstadt) ein. Für die weitere Durchführung des Projekts hat die Schüler\*innengruppe dann selbst Plätzchen gebacken und einen weihnachtlichen Spendenaufruf im Lankwitzer Kiez auf den Weg gebracht („Weihnachtsaktion für Kinder und Familien“). Dafür wurden ansprechende Flyer erstellt und in der Adventszeit aufgehängt und verteilt. Die Spenden wurden in der Schule gesammelt und von der Gruppe in der Ausgabestelle der Tafel an bedürftige Menschen übergeben. Beteiligungsfische begleitete diesen Prozess mit dem Coaching des pädagogischen Begleitteams der Förderschule. Das Projekt wird mit einer würdigen Abschlussveranstaltung und Übergabe der LdE-Zertifikate an die Schüler\*innen enden.

### **3 Haben Sie sich auf dieses Projekt speziell vorbereitet? Gibt es besondere Herausforderungen in diesem Projekt?**

Die Peter-Frankenfeld-Schule hatte für das Projekt eine Gruppe von 7 Schüler\*innen im Alter von ca. 13-16 Jahren mit hinreichenden kognitiven Fähigkeiten ausgewählt, die im Jahr 2024 die Schule abschließen werden und sich in der Phase ihrer Berufsorientierung befinden, was nach Auskunft der Schulpädagog\*innen für die meisten von ihnen keinen Zugang in den regulären Arbeitsmarkt, sondern die Aufnahme in eine Behindertenwerkstatt

bedeutet. Für die erforderliche Anpassung unseres LdE-Einführungsformats „Grundtagung“ an die individuellen Voraussetzungen, Bedürfnisse und Interessen der teilnehmenden Schüler\*innen haben wir viel mit Bildern und weniger mit Text gearbeitet. Wenn Texte verwendet wurden, wurden diese stets mündlich bzw. szenisch vorgetragen und in einfacher Sprache – ggfs. auch wiederholt – erläutert. Mögliche Barrieren wurden im Vorfeld mit den Schulpädagog\*innen reflektiert und beseitigt. So wurde bspw. ausschließlich im Stuhlkreis oder an einem kleinen Gruppentisch gearbeitet und insbesondere für den zweiten Grundtag eine motivierende und aktivierende Übung „Achtsames Geben und Teilen“ entwickelt, die mittlerweile fester Bestandteil der pädagogischen Arbeit an der Förderschule geworden ist. Auch bei der Sitzordnung wurde darauf geachtet, dass sie so aufgelockert war, dass zwischen den Schülern ausreichend pädagogische Fachkräfte und Mitglieder unseres Teams sitzen konnten, um bspw. bei aufkommenden Reibereien zwischen einzelnen Schüler\*innen rasch und unmittelbar präsent zu sein. Insgesamt konnte der für die Treffen und Grundtagung angestrebte Betreuungsschlüssel von 1:1 verwirklicht werden. Zur Vorbereitung der Grundtagung und zur Vorstellung unseres Teams lernten sich alle Beteiligten bei einem extra anberaumten Treffen kennen, was der Vertrauensbildung sehr zugute kam.

#### 4 Zum Abschluss: Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssten hierzu geschaffen werden?

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn noch inklusiver und mit einer größeren Gruppe von Schüler\*innen gearbeitet werden könnte. Außerdem wäre es hilfreich, wenn sowohl die Schulleitung als auch alle anderen pädagogischen Fachkräfte von der Durchführung des LdE-Projekts in ihrer Schule wüssten und es zumindest ideell als einen wichtigen Teil einer neuen Schulkultur sichtbar unterstützen würden. Da die Analyse des schulischen Sozialraums (wie Auffinden und Akquirieren eines geeigneten externen Engagementpartners) mehr Vorbereitungszeit benötigt als den teilnehmenden schulischen Fachkräften zur Verfügung stand, bedarf es hierbei größerer zeitlicher und/oder personeller Ressourcen. Die frühe Festlegung auf einen festen wöchentlichen Projekttermin zur Projektdurchführung war eher hinderlich. Künftige LdE-Projekte könnten daher besser im Rahmen von Projekttagen/einer Projektwoche o. ä. durchgeführt werden. Die Arbeitslast ruhte sehr auf den Schultern von wenigen schulischen Fachkräften, auch hier wäre das Engagement weiterer schulinterner Fachkräfte bei der konkreten Projektdurchführung hilfreich. Insgesamt ist das Projekt ein Erfolg, weil u. a.

- die teilnehmenden Schüler\*innen mit Freude mitmachen und sehr motiviert sind,
- die Schüler\*innen sich aktiv beteiligen und ihre Ideen im Projekt berücksichtigt werden,
- die beteiligten Fachkräfte ein gutes Team in der Begleitung der Schüler\*innen sind und sich eine Fortführung des Konzepts „Lernen durch Engagement“ an ihrer Schule wünschen,
- alle teilnehmenden Schüler\*innen im Projekt ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit erfahren.

#### KONTAKT

Beteiligungsfüchse gGmbH

Eichborndamm 32  
13403 Berlin

 +49 162 267 92 14

 [post@befu.berlin](mailto:post@befu.berlin)

# EPIZ AN VERSCHIEDENEN SCHULEN MIT FÖRDERSCHWERPUNKT

AUTORIN: Elke Weißer

---

## 1 Beschreiben Sie kurz die Arbeit Ihres Trägers.

EPIZ ist das Zentrum für Globales Lernen in Berlin. Es unterhält das Schulentwicklungsprogramm „Faire Schule“, setzt gemeinsam mit der SenBJF den Orientierungsrahmen Globale Entwicklung um, betreibt eine Themenbibliothek zu globalen Gerechtigkeitsfragen und den EPIZ WeltRaum, eine Werkstatt für immersives globales Lernen. Der Bereich der Beruflichen Bildung entwickelt seit über 20 Jahren Planspiele und Unterrichtsmaterial in Kooperation mit Beruflichen Schulen. EPIZ bietet Schulworkshops an und führt Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator\*innen durch.

## 2 Welches Projekt im Rahmen von „Politische Bildung mit allen“ setzen Sie gerade um?

EPIZ e. V. kooperiert mit drei Schulen, die Förderschwerpunkte haben.

So zum Beispiel mit der Carl-von-Linné-Schule, einem sonderpädagogischen Förderzentrum für Kinder und Jugendliche mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“: Im Rahmen unseres Schulentwicklungsprogramms **Faire Schule** ist die Carl-von-Linné-Schule eine Schule, die seit über 10 Jahren Globales Lernen als ein Konzept der politischen Bildung ins Schulprofil integriert hat. Die Schüler\*innen entdecken altersgemäß und unter Beachtung ihrer individuellen Fähigkeiten globale Spuren in ihrem unmittelbaren Umfeld und lernen dabei zu verstehen, dass Globalisierungsprozesse das Leben auf vielfältige Weise positiv und negativ beeinflussen. Themen globaler Gerechtigkeit und Menschenrechte werden ebenfalls

im Rahmen des Unterrichts thematisiert und damit z. B. globale Machthierarchien und Folgen dieser auf die lokale Ebene aufgezeigt. Durch die aktive Teilhabe am schulischen Leben einer Ganztagschule ergeben sich Chancen für die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, so zum Beispiel bei der Teilnahme am Schulwettbewerb Circular Economy, für den die Schule mit einem Preisgeld geehrt wurde. Diese Erfahrungen sind insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf besonders wertvoll.

Mit der August-Sander-Schule und der Gustav-Mayer-Schule kooperieren wir im Bereich der Beruflichen Bildung. Hier wenden wir die Methode Planspiel an, die wir berufsspezifisch mit den Schulen gemeinsam entwickeln. So zum Beispiel das Planspiel „Hühner für Ghand“ für Gastroberufe, oder „Elektroschrott“ für Elektroberufe. Planspiele ermutigen die Teilnehmenden dazu, verschiedene

Perspektiven einzunehmen und komplexe politische Probleme zu analysieren. Sie lernen, Informationen zu recherchieren, zu bewerten und fundierte Entscheidungen zu treffen. Planspiele fördern die Kommunikationsfähigkeit und den Austausch von Meinungen und Ideen. Die Teilnehmenden lernen, ihre Ansichten zu vertreten, zuzuhören und Kompromisse einzugehen. Sie lernen, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, Konflikte zu bewältigen und Entscheidungen im Team zu treffen. Durch das Einnehmen unterschiedlicher Rollen und Perspektiven in einem Planspiel entwickeln die Teilnehmenden Empathie und Toleranz für andere Standpunkte und Meinungen.

Foto: EPiZ



So erleben und erproben die Teilnehmenden politisches Engagement. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, eigene Ideen umzusetzen und aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen. Da Planspiele mit wenig Text auskommen und nicht nur kognitiv arbeiten, können sie insbesondere Menschen mit unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen gleichermaßen ansprechen.

### **3 Haben Sie sich auf dieses Projekt speziell vorbereitet? Gibt es besondere Herausforderungen in diesem Projekt?**

Die besonderen Herausforderungen bestehen darin, den sehr individuellen Bedürfnissen der Schüler\*innen gerecht zu werden. So entwickeln wir meist mehrere Arbeitsblätter in unseren Planspielen, die unterschiedliche sprachliche Niveaus haben. Herausfordernd ist ebenfalls, den passenden Alltagsbezug zur Lebenswelt der Zielgruppe herzustellen, denn z.B. das Abstraktionsvermögen der Schüler\*innen ist i. d. R. nicht sehr stark ausgeprägt. Wir arbeiten viel mit visuellen und haptischen Methoden und weniger mit Texten.

### **4 Wie kann inklusive politische Bildung in Zukunft gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen müssen hierzu geschaffen werden?**

Das globale Lernen als Konzept der politischen Bildung ermöglicht es, innerhalb von Schule an unterschiedlichen Stellen Wirkung zu entfalten: im Unterricht, im Ganztagsbereich oder als außerschulische Aktivität.

Um dem Teilhabe- und Partizipationsanspruch gerecht zu werden, den zum Beispiel das globale Lernen hat, müssen Strukturen innerhalb von Schule geschaffen werden, die die Umsetzung von Ergebnissen ermöglichen und erlauben.

Um dem Fach Politische Bildung mehr Gewicht zu verschaffen, müsste der Stellenwert des Fachs gehoben werden und zum Beispiel zum Pflichtprüfungsfach (berufliche Bildung) gemacht werden, damit die Stunden nicht ausfallen. Die Lehrpläne und Curricula sollten interdisziplinäre Verknüpfungen zulassen, damit das Fach nicht isoliert betrachtet wird, sondern als Bestandteil einer gesellschaftlichen Ordnung.

Last but not least, wäre eine insgesamt bessere personelle Ausstattung der Schulen und eine ausreichend finanzierte NGO-Szene eine prima Rahmenbedingung.

---

## KONTAKT

EPIZ Zentrum für Globales Lernen

Am Sudhaus 2  
12053 Berlin

 (030) 692 64-18 / -19

 [weisser@epiz-berlin.de](mailto:weisser@epiz-berlin.de)

# 5. HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

Wege entstehen beim Gehen. Aber worauf sollten wir auf dem Weg Richtung einer inklusiveren politischen Bildung verstärkt achten? Was gilt es konkret zu bedenken und welche Ansätze versprechen Erfolg? Unsere Ergebnisse enthalten bereits Antworten auf diese Fragen. Zum Schluss seien die wichtigsten Empfehlungen für die Praxis zusammengefasst.



## Für Schulen

- das Recht auf Teilhabe der Schüler\*innen ernstnehmen und fördern
- mutig sein beim Ausprobieren verschiedener Angebote
- Schüler\*innen nach ihren (Teilhabe-) Wünschen und Interessen fragen
- regelmäßige Zusammenarbeit mit Anbietern der politischen Bildung, um entstandene Synergien und Konzepte nachhaltig aufzusetzen
- kollegiale Kooperationen an Schule aufbauen: Wege suchen, Impulse zur Demokratisierung von Schule aufzugreifen und im Schulalltag umzusetzen
- Lehrkräfte entlasten und in der Organisation von Kooperationen unterstützen
- aktiv um Unterstützung auf Schulverwaltungsebene bitten und Barrieren ansprechen

## Für Anbieter der politischen Bildung

- pro-aktiv Recht auf Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen fördern
- an Diskriminierungserfahrungen ansetzen und diese zur Sprache bringen (Empowerment)

- verstärkt auf schüler\*innenorientierte Ansätze setzen und auf individuelle Bedarfe eingehen
- an Stärken der Schüler\*innen anknüpfen und Möglichkeiten zum Handeln aufzeigen
- Angebote der politischen Bildung in Zukunft von Anfang an inklusiv denken

## Für alle

- Ressourcen und Strukturen einfordern und aufbauen (Koordinierungsstellen zur Organisationsunterstützung, Fahrdienste, etc.)
- Inklusive politische Bildung braucht oft mehr Zeit zur Vorbereitung und zur Umsetzung, die sich am Ende für alle auszahlt.
- Inklusion ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, bei dem sich alle einbringen müssen, unabhängig von speziellen Ausbildungen.
- Politische Bildung findet an zahlreichen Orten, auf vielen Ebenen und vermittelt durch verschiedene Akteur\*innen statt. Inklusion sollte nicht der Schule und den Angeboten für Schule überlassen werden. Alle müssen sich einbringen.

# LITERATUR- VERZEICHNIS

**Achour, Sabine (2023a): Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte.**

In: Zick, Andreas/Kupper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 355–376.

**Achour, Sabine (2023b): Soziale Ungleichheit politischer Teilhabe: Wider den Reproduktionsort Schule.**

In: Achour, Sabine/Gill, Thomasl (Hrsg.): Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Frankfurt/M. S. 39–52.

**Achour, Sabine (2020): Inklusion.**

In: Achour, Sabine/Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M. S. 118–120.

**Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung (2018): UN-Behindertenrechtskonvention.**

Bonn.

**Beigang, Steffen/Fetz, Karolina/Kalkum, Dorina/Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung.**

Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden.

**Besand, Anja/Jugel, David (2015): Inklusion und politische Bildung – gemeinsam denken!**

In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1617). Bonn. S. 45–59.

**Bielefeldt, Heiner (2017): Inklusion als Menschenrechtsprinzip. Grundsätzliche Überlegungen aus gebotenem Anlass.**

In: Zeitschrift für Menschenrechte 11 (1), S. 60–73.

**Bielefeldt, Heiner (2022): Sources of Solidarity – A short Introduction to the Foundations of Human Rights.**

Hg. v. Centre for Human Rights Erlangen-Nürnberg – Interdisziplinäres Zentrum der FAU (CHREN). Nürnberg.

**Bittlingmayer, Uwe H./Gerdes, Jürgen/Yüksel, Gökçen (2020): Vergessene Kinder? Demokratiebildung in Förderschulen – Eine Expertise für das deutsche Jugendinstitut.**

München.

**Deutsches Institut für Menschenrechte (2023): Parallelbericht an den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum 2./3. Staatenprüfverfahren Deutschlands.**

Berlin.

**Deutsches Institut für Menschenrechte (2019): Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Ausschuss für die Rechte des Kindes, 51. Sitzung, 2009, Allgemeine Bemerkungen Nr. 12, Das Recht des Kindes auf Gehör.**

Online unter: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Information/Information\\_GC12\\_barrierefrei\\_geschuetzt.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_GC12_barrierefrei_geschuetzt.pdf)

**Dönges, Christoph/Köhler, Jan Markus (2015): Zielgruppenorientierung oder Inklusion in der politischen Bildung - Dilemma oder Scheingegensatz?**

In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1617). Bonn. S. 87-98.

**Gill, Thomas (2021): Inklusive politische Bildung in einer globalen Welt.**

In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Politische Bildung und Flucht - ein Paradigmenwechsel?! Frankfurt/M. S. 66-77.

**Gill, Thomas (2014): Inklusion in der außerschulischen politischen Jugendbildung. Ein Werkstattbericht.**

In: Journal für politische Bildung 3/2014.

**Gloe, Markus/Oeffering, Tonio (2020): Didaktik der politischen Bildung - Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung.**

In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10230). Bonn. S. 87-132.

**Hirschberg, Marianne und Papadopoulos, Christian (2017): Partizipation behinderter Menschen.**

In: Elke Diehl (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10155). Bonn. S. 103-129.

**Jugel, David/Hölzel, Tina/Besand, Anja (2020): Inklusion und politische Bildung - mutig gemeinsam (weiter-)denken und erproben!**

In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10230). Bonn. S. 23-37.

**Karim, Sarah (2023): Dis/ability und Klassismus. Soziale Ungleichheit und Ableismus aus Sicht der Dis/ability Studies.**

In: Pohlkamp, Ines/Carstens, Lea/Nagel, Björn: Klassismus und politische Bildung. Intersektionale Perspektiven und Reflexionen aus der Praxis. Berlin. S. 32-45.

**Oeffering, Tonio (2015): Hannah Arendts Begriff des Politischen und Inklusion.**

In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1617). Bonn. S. 60-68.

**Reich, Christine (2015): Qualitätsprozess Inklusion in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein.**

In: Außerschulische Bildung 1/2015. S. 34-35.

**Rüstow, Nadine (2015): Leichte Sprache - eine neue »Kultur« der Beteiligung.**

In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1617). Bonn. S. 115-125.

**Schuppener, Saskia/Heusner, Julia/Müller, Nils Alexander (2020): Forschungsethische Spannungsfelder in Bezug auf Menschen mit sogenannter geistiger und/oder schwerer Behinderung - Eine Bestandsaufnahme.**

In: Teilhabe 59 (4), S. 147-152.

**Schlenzka, Nathalie (2017): Diskriminierung als Teilhabebehinderung - Erkenntnisse der Studie »Diskriminierungserfahrungen in Deutschland«.**

In: Elke Diehl (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10155). Bonn. S. 258-284.

# ENDNOTEN

- 1 Wir beziehen uns auf die amtliche deutsche Übersetzung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung mit Stand November 2018 und schreiben „UN-BRK“ in der Zitation.
- 2 Im Parallelbericht der Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention ist mit dem Begriff „schulische Segregation“ das „System von Förderschulen für Kinder mit Behinderung“ gemeint (ebd.). Explizit wird kritisiert, dass „[e]ine Transformation zu einem inklusiven Schulsystem [...] nicht statt[finde]t“ (ebd.).
- 3 Siehe [https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/#headline\\_1\\_23](https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/#headline_1_23)  
letzter Zugriff: 15.02.2024.
- 4 Die Daten für die Auswertung stammen von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und wurden der Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2022 zur Verfügung gestellt.
- 5 Mit dem Begriff „behinderte Menschen“ wird ausgedrückt, dass es soziale und Umweltfaktoren sind, die die Behinderung mitverursachen. Hier und in der Folge wird „Menschen mit Behinderung“ benutzt, womit betont wird, dass die Behinderung nur eines von vielen Merkmalen eines Menschen ist. Zudem ist es abhängig von der Selbstzuschreibung eines Menschen, ob er diese Bezeichnung auf sich anwenden möchte oder nicht. Menschen mit Lernschwierigkeiten wählen in vielen Fällen den Begriff Lernschwierigkeit, welcher dann zu übernehmen ist.

## Impressum

**Autor\*innen** Joanna Bedersdorfer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Politikdidaktik/ politische Bildung der Freien Universität Berlin, forscht und lehrt zu den Themen Klassismus, Soziale Ungleichheit und Antidiskriminierung in der politischen Bildung.

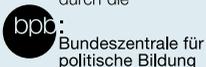
Hagen Schmitz, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politikdidaktik/politische Bildung der Freien Universität Berlin mit den Lehr- und Forschungsschwerpunkten zu Theorie, Kritik und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus.

**Redaktion** Sabine Achour, Thomas Gill und Melike Çınar

## Herausgeberin



Gefördert  
durch die



Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Hardenbergstraße 22-24 | 10623 Berlin

Öffnungszeiten des Besuchsentrums:

Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeweils von 10 - 18 Uhr

Revaler Straße 29 | 10245 Berlin

Öffnungszeiten des Besuchsentrums: Dienstag, Mittwoch und Freitag  
jeweils von 10 - 18 Uhr

[www.berlin.de/politische-bildung](http://www.berlin.de/politische-bildung)

**Grafik und Layout** minkadu Kommunikationsdesign, Berlin

Berlin, im Mai 2024

